

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 22. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion
der Distrikts-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Komposition
1. Goldmark, Reklameweile
1. Goldmark, „Reine Anzeigen“
das fertige Wort 0,20 Gold-
mark (außer zwei fertige Worte)
jedes weitere Wort
0,10 Goldmark, Stellengeld das
erste Wort 0,10 Goldmark, jedes
weitere Wort 0,05 Goldmark,
Worte über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte, Familienanzeigen
für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark,
eine Goldmark — ein Dollar geteilt
durch 4,20.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Bauzeitpunkt, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich
2. — Goldmark voraus zahlbar. Unter
Kriegsband für Deutschland, Danzig,
Saar- und Rheingebiet, Österreich,
Litauen, Bessarabien 4,50 Goldmark,
für das übrige Ausland 5,50 Goldmark
pro Monat.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“ mit „Sied-
lung und Kleingarten“, sowie der
Unterhaltungsbeilage „Seimwelt“
und Frauenbeilage „Frauenstimme“
erscheint wöchentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Der Reichstag tritt zusammen.

Sozialdemokratie und Sachverständigenutachten.

Der Reichstag versammelt sich heute zu einem neuen Sitzungsabschnitt, in dem er eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes und seine eigene entscheiden soll. Noch stehen die Ergebnisse der Londoner Konferenz nicht fest, sie sind ebenso eine unbekannte Größe wie die Wirkungen, die sie auf die Haltung der Regierung und der einzelnen Reichstagsparteien ausüben werden. Die deutsch-nationale Presse zeigt sich über die Nachrichten, die aus London kommen, sehr erregt; dürfte man nach ihr urteilen, so müßte man annehmen, daß die Deutschnationalen jetzt schon entschlossen sind, die Ausführungsgesetze zum Sachverständigenplan abzulehnen. Wäre dies aber der Fall und würden Regierung und bürgerliche Mittelparteien bei der Auffassung bleiben, daß die Ausführungsgesetze trotz mancher Bedenken anzunehmen seien, so wäre ein Konflikt mit der Spitze nach rechts und die Auflösung des Reichstags die Folge.

Indes sprechen viele andere Umstände dafür, daß sich Deutsch-nationale und Bürgermitte, nachdem sie sich einmal gefunden, nicht wieder trennen werden und daß sie eine gemeinsame Linie des politischen Handelns suchen werden, sei es in der Annahme oder in der Ablehnung der Londoner Regelung.

Angelehnt einer so ungeklärten Sachlage mußte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer gestrigen Sitzung darauf beschränken, die verschiedenen tatsächlichen Möglichkeiten durchzusprechen, die sich im Laufe der weiteren Entwicklung ergeben können. Der Wunsch, den Gesamtprobleme der Fragen — Dames-Plan und innere Lastenverteilung — einer neuen Entscheidung des Volkes zu unterbreiten, kam zu lebhaftem Ausdruck. Besonders eingehend wurde erörtert, ob es nicht möglich sei, auch bei der bevorstehenden Reichstagsentscheidung zwischen den Ausführungsgesetzen und den Problemen der inneren Lastenverteilung eine Verbindung herzustellen. Es wurde ein Ausschuss eingesetzt, der sich mit dieser Frage besonders beschäftigen soll.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist entschlossen, den Kampf gegen Zollwucher, Arbeitszeitverlängerung und unsoziale Lastenverteilung mit dem größten Nachdruck zu führen. Ihre Taktik wird festgelegt werden, sobald eine Klärung der noch völlig ungeklärten politischen Gesamtsituation erfolgt ist.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags hält heute vormittag eine Sitzung ab. Auch er wird zu keinen Entscheidungen gelangen können, da abgeschlossene Ergebnisse aus London noch nicht vorliegen. Man erwartet, daß über den Inhalt der in den Organisationskommissionen vereinbarten Ausführungsgesetze Bericht erstattet werden wird.

Heute Vollziehung der Konferenz.

Kein Einspruch Herriots gegen Deutschlands Einladung.

London, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die für Montag nachmittag 5 Uhr vorgesehene Plenarsitzung mußte vorläufig auf morgen, Dienstag, verschoben werden, weil im zweiten Ausschuss bis mittags eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Gegen Abend verlautete, daß die Gegenparte in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit einschließlich Ruhrgebiet zum Teil überwinden seien, nachdem die Hauptdelegierten über diese Frage am Montagvormittag unter dem Vorsitz Macdonalds verhandelt hatten. Auch über die Einladung Deutschlands ist im Verlauf dieser Konferenz erneut gesprochen worden. Es ist so gut wie sicher, daß in der nächsten Plenarsitzung, die für Dienstag vormittag 10 1/2 Uhr geplant ist, die Einladung der deutschen Regierung beschlossen wird. In der Besprechung der Hauptdelegierten hat Herriot einen Widerstand gegen die Teilnahme Deutschlands an der Schlusskonferenz nicht geltend gemacht. Er soll lediglich den Wunsch geäußert haben, daß die Konferenz so schnell wie möglich abgeschlossen wird, damit er nach Paris zurückkehren kann.

Die erste und dritte Kommission haben inzwischen ihre Berichte für die Vollkonferenz fertiggestellt.

England und die Einladungsfrage.

London, 21. Juli. (W.A.) In hiesigen politischen Kreisen wird gegenüber der in der deutschen Öffentlichkeit erhobenen Kritik wegen des bisherigen Ausschusses Deutschlands von den Verhandlungen der Londoner Konferenz darauf hingewiesen, daß das Hauptziel der englischen Regierung die Durchführung des Dames-Berichtes sei, und daß diesem Ziel vorläufig alle anderen Erwägungen untergeordnet werden müßten. Als erster Schritt erkörnte die Erzielung einer gemeinsamen Vereinbarung unter den Alliierten, über die Durchführung des Dames-Berichtes wesentlich. Besonders wird englischerseits Wert darauf gelegt, ein Uebereinkommen zustandzubringen, das Bestand hat und die Aussicht bietet, von der öffentlichen Meinung der übrigen Länder die Unterstützung zu erhalten, die eine Gewähr für die Dauerhaftigkeit

der in London erzielten Regelung gibt. Angesichts der Tatsache, daß sich Deutschland zum Dames-Bericht bekennt habe, könnten wenig Einwände dagegen erhoben werden, wenn

ein von den Alliierten erzielt Uebereinkommen deutschen Vertretern zur Billigung und zu etwaigen Rückführungen unterbreitet

würde; dadurch werde die Mitwirkung Deutschlands bei der Durchführung des Dames-Planes „in der einen oder anderen Weise“ verbürgt sein. Die Gefahr, die diese Zulassung Deutschlands zu den Verhandlungen annehmen werde, steht noch keineswegs fest. Von englischer Seite wird jedoch der Vorteil hervorgehoben, den ein Verhandeln zwischen deutschen und alliierten Sachverständigen für politische, diplomatische, wirtschaftliche und finanzielle Fragen bieten würde. Auf englischer Seite wird das in Deutschland herrschende Unbehagen über die bisher ohne Beteiligung Deutschlands geführten interalliierten Verhandlungen vollkommen gemildert und anerkannt, daß für die Durchführung des Dames-Berichtes nicht allein die öffentliche Meinung und der gute Wille in den alliierten Ländern, sondern vor allem in Deutschland entscheidend seien. Es wird jedoch die Meinung vertreten, daß Deutschland vor allem Interesse an der Durchführung des Dames-Berichtes habe, und daß ein Deutschland, das entschlossen sei, den Bedingungen dieses Planes nachzukommen, wenig Befürchtungen bezüglich der Anwendung von Sanktionen zu haben brauche, die zu verhindern in seiner eigenen Hand liege.

Die Beschlüsse des ersten Ausschusses.

London, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagabend ist der offizielle Text des Berichts des ersten Ausschusses der Londoner Konferenz veröffentlicht worden. Er enthält vier einstimmig angenommene Vorschläge.

Der erste Vorschlag verfaßt ein

Änderung des Anhangs II des Teils 8 des Versailler Friedensvertrags,

dahingehend, daß die Reparationskommission, wenn sie über eine deutsche Verletzung zu entscheiden hat, einen amerikanischen Bürger zur Beratung hinzuzieht. Es ist vorgelesen, daß dieser Amerikaner für fünf Jahre berufen wird. Seine Ernennung erfolgt entweder durch einstimmigen Beschluß der Reparationskommission, oder, falls das nicht möglich ist, durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes in Haag. Es ist vorgelesen, daß, falls die Vereinigten Staaten einen offiziellen Vertreter in die Reparationskommission delegieren, das Mandat des möglichen amerikanischen Mitgliedes so lange ruht, als die Vereinigten Staaten offiziell vertreten bleiben.

Der zweite Vorschlag sagt: Wenn die Reparationskommission eine Verletzung Deutschlands feststellt, werden die interessierten Regierungen gemeinsam zur Sicherung ihrer eigenen finanziellen Interessen und der Anleihegeber beraten,

welche Arten von Sanktionen

angewendet werden und auf welche Art sie durchgeführt werden sollen, um schnellstens die erforderliche Wirkung zu erzielen.

Der dritte Vorschlag spricht von der Sicherung des Dienstes der Anleihe von 800 Millionen Goldmark, um das Zustandekommen der Anleihe zu erleichtern. Die alliierten Mächte erklären, daß im Falle der Anwendung von Sanktionen die der Anleihe dienenden Pfänder in erster Linie gesichert werden. Der Zinsendienst der Anleihe genießt eine absolute Priorität. Alle durch die Sanktionen erzielten Einnahmen dienen in erster Linie dem Anleihe-dienst. Die alliierten Regierungen erklären weiter, daß, solange die Anleihe besteht, keine Sanktionen beschaffen werden, ohne daß die

Reparationskommission vorher die Meinung des Generalagenten für die deutschen Zahlungen und des Vertreters der Anleihezeichner eingeholt hat.

Der vierte Vorschlag erklärt, daß alle Rechte der Signatarmächte aus dem Versailler Vertrag bestehen bleiben, soweit sie nicht durch die vorhergehenden Vorschläge ausdrücklich abgeändert worden sind.

Erst Mittwoch Vollziehung?

London, 21. Juli. (Havas.) In englischen Kreisen hat man befürchtet, daß die deutschen Sachlieferungen an die alliierten Mächte auf Reparationskonto von diesen wieder ausgeführt werden würden, beispielsweise nach Rußland; in dieser Beziehung seien in der heutigen Besprechung der Hauptdelegierten beruhigende Versicherungen gegeben worden, im übrigen verbleibe der Sachverständigenplan selbst die Wiederausführung dieser Materiallieferungen. Von der Berufung der Deutschen zur Konferenz ist nicht die Rede gewesen. Die nächste Plenarsitzung solle nicht vor Mittwoch stattfinden. Die Delegationsführer werden morgen vormittag 9 Uhr 30 nochmals zusammenzutreten.

(Weitere Meldungen auf der dritten Seite.)

Die antirevolutionäre Union.

Washington, 21. Juli. (W.A.) Die amerikanische Regierung hat dem General Lofando, der nach dem Aufstande zum Präsidenten von Honduras ernannt worden ist, zur Kenntnis bringen lassen, daß sie keine Regierung anerkennen werde, dessen Hauptleiter einer Revolution gewesen ist.

Bayerische Justiz am Pranger.

Gutachten über das Fehrenbach-Urteil.

Seit dem 20. Oktober 1922, also seit 1 1/2 Jahren, sitzt Felix Fehrenbach im Zuchthaus, wohnen ihn der Spruch eines bayerischen Volksgerichts auf elf Jahre verbannt hat. Er trägt die Schmach, als Ehrloser gehandelt zu haben, denn jenes Volksgericht hat ihm auch noch die sogenannten bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre aberkannt.

Aber trotz dieser ungeheuerlichen Strafe ist nicht Fehrenbach durch das Urteil gebrandmarkt, sondern das bayerische Justizsystem, von dem der Fall Fehrenbach nur einen Ausschnitt darstellt. Fehrenbach, der Sozialist und Journalist, fiel bayerischen Richtern in die Hände, die sich mit Leichtfertigkeit über die Grundsätze des deutschen Strafrechts hinwegsetzten. Wer darüber trotz all der öffentlichen Erörterungen und Verhandlungen noch einen leisen Zweifel hegte hätte, dem wird dieser Zweifel sicher durch die beiden erschienenen Schrift „Der Fall Fehrenbach — Juristische Gutachten“ genommen werden. Der Verteidiger Fehrenbachs, Dr. Max Hirschberger und der einzige in der Volksgerichtsverhandlung vernommene Sachverständige, Dr. Friedrich Thimme, veröffentlichten hier das Gutachten, das der zweite Senat des bayerischen Obersten Landesgerichts auf Anforderung des bayerischen Justizministeriums erstattet hat, und stellen ihm gegenüber die Gutachten von sieben anerkannten Autoritäten des Strafrechts und des Preßrechts.

Diese juristischen Darlegungen, die im einzelnen die tatsächliche Meinung des Obersten Landesgerichts zerstückeln, liegen sämtlich dem bayerischen Ministerium vor, das nun über die Frage entscheiden soll, ob wenigstens durch einen Akt der Gnade die Justizschande teilweise getilgt werden könne, die durch das Fehrenbach-Urteil dem Land und dem Reiche angetan worden ist.

Man stelle sich die Tatsachen wieder vor Augen: Fehrenbach hat einem Schweizer Journalisten namens Panot, der ihm seit längerem bekannt war, im April 1919 eine Abschrift des sog. „Ritter-Telegramms“ und des Erzberger-Memorandums ausgehändigt. Das Ritter-Telegramm stammte von dem bayerischen Gesandten beim Vatikan, war an die bayerische Regierung von 1914 gerichtet und teilte mit, daß der — damalige — Papst eine energische Aktion Oesterreich-Ungarns gegen Serbien billige. Der Inhalt dieses Telegramms war von Eisner bereits mehrfach öffentlich zitiert worden, war also in keiner Weise mehr „geheim“. Panot veröffentlichte das Telegramm in französischer Uebersetzung im Pariser „Journal“, und zwar am 29. April 1919. Bei der Veröffentlichung gab Panot als Quelle ausdrücklich „Fehrenbach, den Geheimsekretär Eisners“ an. Nimmt man an, daß in der Weitergabe des Telegramms zum Zweck der Veröffentlichung eine strafbare Handlung liege, so würde, da diese Handlung ein Presseverbrechen darstellt, sechs Monate nach der Veröffentlichung die Verjährung eingetreten sein. Das Volksgericht hat aber die Verjährung gesehnet, indem es ein Presseverbrechen leugnete, und wegen der Abgabe des Ritter-Telegramms auf zehn Jahre Zuchthaus erkannt, da nach seiner Meinung Fehrenbach hätte wissen müssen, daß das Dokument geheim zu halten und geeignet sei, die Interessen Deutschlands bei den Friedensverhandlungen im Versailler zu schädigen. Wegen Weitergabe anderer Nachrichten — besonders über Rüstungen der Gegenrevolution — an ein Rotterdammer Nachrichtenbureau wurde Fehrenbach außerdem zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt und diese mit der ersteren Strafe zu insgesamt elf Jahren Zuchthaus zusammengezogen. Da es gegen die Urteile der Volksgerichte weder Rechtsmittel noch Wiederaufnahmeverfahren gibt, so mußte der Verurteilte dieses „bayerische Recht“ auf sich nehmen und das Zuchthaus beziehen, obschon jeder Einsichtige — von Herrn Emminger abgesehen — von seiner Unschuld überzeugt war.

Man hat den Fall Fehrenbach als einen deutschen Fall Dreyfus bezeichnet. Die gesamte Öffentlichkeit ist immer wieder mit dieser Justizschande befaßt worden. Inw Reichstagen haben fast alle Parteien das Urteil als einen schlimmen Fehlurteil anerkannt, wie er in der Geschichte des Rechtspruchs einzig dasteht. Die bayerische Regiergung hat sich aber auf das beharrlichste geweigert, irgend etwas zur Wiederherstellung des mißhandelten Rechts zu unternehmen. Erst unter dem Eindruck der Erörterungen im Reichstag, nachdem der Auswärtige Ausschuss festgestellt hatte, daß das Ritter-Telegramm weder in der deutschen Friedensdelegation zu Versailles noch bei den Verhandlungen mit dem Kriegsgegner irgendeine Rolle gespielt habe, daß also eine Schädigung des Reichs in keiner Weise durch die Veröffentlichung eingetreten sei, bequimte sich Kahr-Bayern dazu, durch seinen Berliner Vertreter erklären zu lassen, daß ein Gnadengesuch Fehrenbachs grundsätzlich geprüft werden würde. Fehrenbach hat darauf ein Gnadengesuch eingereicht, da ihm Rechtsmittel nicht zur Verfügung stehen, und infolgedessen ist das Oberste Landesgericht ersucht worden, ein Gutachten über die Frage zu erstatten, „ob gegen die Verur-

urteilung des Schriftstellers Fehrenbach... rechtliche Bedenken bestehen, die einen Gnadenakt angezeigt erscheinen lassen". Dieses Gutachten ist am 30. Oktober 1923 erstattet worden. Es lautet in seinem Schlusssatz dahin, daß „rechtliche Gründe für eine Begnadigung nicht gegeben sind“.

Seit dem 30. Oktober 1923 ist wieder fast ein Jahr vergangen. Die bayerische Regierung hält sich augenscheinlich an das Gutachten gebunden, das von einem Gericht erstattet wurde, zu dessen Mitgliedern jener von der Pflichten gehörte, der bei dem Hitler-Putsch in den Reihen der Hochverräter von einer staatsverhüllenden Kugel geistert wurde. Aber die Öffentlichkeit braucht sich an dieses Gutachten nicht zu halten, dessen Wortlaut in seiner trockenen Buchstabenreiterei einfach abstoßend wirkt. Nun haben sieben hervorragende Kenner des Straf- und des Presserechts — die Professoren Graf zu Dohna-Heidelberg, Rißinger-München, Piepmann-Hamburg, Mendelssohn-Bartholdy-Hamburg, Mittermaier-Gießen, Radbruch-Kiel und Bach-Leipzig — jeder für sich andere Gutachten erstattet, die in ihrem Kern sämtlich zu dem Schluß kommen, daß das Urteil gegen Fehrenbach auch vom formalrechtlichen Standpunkt nicht zu halten sei. Insbesondere die Gutachter Rißinger, Piepmann, Radbruch und Mittermaier stellen fest, daß die Verjährung ganz zweifellos eingetreten war, als das Urteil erfolgte. Sie befinden sich da im Übereinstimmung mit dem Reichsgericht und mit dem früheren Reichsjustizminister Heinze, der auch von sich aus im Reichstag erklärte, er halte Verjährung für vorliegend. Mit Recht hebt der Verteidiger Fehrenbachs hervor, daß „wenn diese Autoritäten, das Reichsgericht und das Reichsjustizministerium den Einwand der Verjährung für begründet erklären, es als feststehend zu erachten sei, daß Fehrenbach wegen eines verjährten Verbrechens bereits 1 1/2 Jahre Zuchthaus verbüßt hat“, womit natürlich nicht zugegeben wird, daß überhaupt ein „Verbrechen“ vorliegt. Vielmehr wird durch die Gutachten der Rechtsautoritäten einwandfrei nachgewiesen, daß die juristischen Konstruktionen des Volksgerichts und die zustimmende Äußerung des Obersten Landesgerichts durchaus haltlos seien.

Graf zu Dohna-Heidelberg sagt u. a.: „Die Verjährung der Gnade darf sich nicht auf die Feststellung beschränken, daß das Urteil vereinbar ist mit dem formalen Recht; es müßte bis zu dem Nachweise vorbringen, daß dieses formale Recht und die Art seiner Anwendung im Einklang steht mit der Idee der Gerechtigkeit. An dieser Stelle klafft der Widerspruch, welcher das Rechtsgewissen der Nation in seinen Tiefen erschüttert.“

In Bayern ist jetzt eine neue Regierung — ohne Kahr — am Ruder. Wird sie endlich den Mut aufbringen, das Rechtsgewissen der Nation wieder zu beruhigen oder wird sie im Geiste ihrer Vorgängerin das Brandmal der Justizhände auf dem Bande Bayern prangen lassen?

Es wäre Aufgabe des Reichstags, dem beleidigten Recht wieder zur Anerkennung zu verhelfen. Aber wer vermag bis heute zu glauben, daß dieser Reichstag die Kraft aufbringe, selbst wenn sein Ausschuß dazu guten Anlauf nimmt!

Wiederaufnahme der Volksgerichtsprozesse.

Vorschlag des Rechtsausschusses.

Der Rechtsausschuss des Reichstags stimmte in der heutigen Sitzung zunächst dem Entschlusse seines Unterausschusses auf Einführung der Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte zu. Der Entwurf dieses Gesetzes, gegen das sich auch im Unterausschuss der Vertreter der bayerischen Regierung mit aller Entschiedenheit ausgesprochen hatte, sieht im einzelnen vor, daß gegenüber den Urteilen der bayerischen Volksgerichte die Wiederaufnahme des Verfahrens nach den Vorschriften der Strafprozessordnung mit folgenden Änderungen stattfindet:

Die Wiederaufnahme zugunsten der Verurteilten findet auch dann statt, wenn aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen die Nachprüfung der Sache im ordentlichen Verfahren notwendig erscheint. Ueber den Antrag auf Wiederaufnahme entscheidet die Strafkammer oder bei Nichtzuständigkeit der Landgerichte auf sofortige Beschwerde das Reichsgericht. Wenn die erneute Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht stattfindet, so kann die Staatsanwaltschaft beantragen, daß ein zweiter Richter zugezogen werde.

Der Ausschuss wandte sich dann der Frage des Ausnahmezustandes zu. Im Verlauf der Aussprache über die Aufhebung der Ausnahmezustände in Bayern und im Reich wandte sich der bayerische Gesandte v. Preger aus rechtlichen und politischen Gründen mit aller Schärfe gegen eine solche Aufhebung und betonte insbesondere, daß, so lange die kommunistische Partei den gewalttätigen Umsturz der Verfassung auf ihre Fahne geschrieben habe, auf Grund außerordentlicher gesetzlicher Mittel gegen sie vorgegangen werden müsse. Für das Reichsministerium des Innern erklärte Staatssekretär Zweigert, daß bei den Zeitungsverboten auf Grund der Presseverordnungen mit der größten Zurückhaltung vorgegangen worden sei. Eine neue Verordnung, die das Verbot auch für Kopyschriften vorsehe, sei notwendig geworden, damit die Verlage das Verbot nicht weiterhin umgehen könnten. Die kommunistische Presse habe in letzter Zeit die Aufforderung zum Hochverrat oft zu vermeiden gesucht, dagegen zur Auflehnung gegen die Staatsordnung und zu Gewalttätigkeiten aufgefordert. Gegen diese strafbaren Handlungen biete die letzte Verordnung eine Handhabe. Die Verordnungen seien notwendig, um zu verhindern, daß der Geist des Umsturzes und der offenen Gewalt aus den Redaktionsstuben staatsfeindlicher Kreise in das Volk dringe und dort Unheil stifte.

Die Vertreter der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Nationalsozialisten sprachen sich für unbedingte Aufhebung des Ausnahmezustandes aus. Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei waren gegen die Aufhebung, die Deutschnationalen verwarfen zwar den Ausnahmezustand, erklärten aber die Maßnahmen Bayerns als einwandfrei. Angenommen wurde ein Antrag auf

Aufhebung der letzten Presseverordnung des Reichspräsidenten

sowie eine Entschliebung, welche die Reichsregierung ersucht, bei der bayerischen Regierung darauf hinzuwirken, daß die Verordnung des Generalstaatskommissars v. Kahr, die die Herstellung und Verbreitung kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften unter Strafe stellt, außer Kraft gesetzt wird. Schließlich wird ein Antrag der Nationalsozialisten angenommen, alle von der Reichsregierung oder von Landesregierungen ergangenen Verbote politischer Parteien aufzuheben.

Diktator Streicher.

Der Krakeel unter den Völkischen.

München, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die radikalvölkische „Großdeutsche Volksgemeinschaft“ will der fortschreitenden Verwässerung der Hitler-Bewegung durch die völkischen Parlamentarier Einhalt gebieten. Das erklärte Esser und Streicher bereits in der Gründungsversammlung in München. Sie wurden aber in der Nachgründungsversammlung am letzten Donnerstag in Nürnberg noch viel deutlicher, nachdem zwischen den beiden Versammlungen die völkische Bandtagsfraktion eingehende Unterhandlungen mit Streicher gepflogen hatte. Nach diesen Verhandlungen ergriff Streicher sofort die Initiative und legte seinen domahnen Freunden schriftlich niedergelegte Bedingungen vor mit der Forderung, sie schriftlich zu beantworten. Der Wortlaut dieser Bedingungen ist nicht bekannt, sie laufen jedoch in ihrem Wesen darauf hinaus, daß der Geist der Großdeutschen Volksgemeinschaft auch für die Fraktion des völkischen Blocks maßgebend und daß deswegen der Einfluß Streichers in der Fraktion beherrschend sein müsse; die Fraktionsmitglieder müßten sich unbedingt zur Taktik Streichers betennen. Streicher sei in den Landtag eingetreten, um Opposition zu machen, auch gegen den Ministerpräsidenten; er wolle dort nicht als Kollege, sondern als Nationalsozialist behandelt werden. In der Nürnberger Versammlung wurde Streicher von Esser zum alleinigen Führer des völkischen in Nürnberg ernannt, und zwar mit der diktatorischen Erklärung, daß man sich hierbei auch von

einer Generalsammlung nichts befehlen lasse. Streicher selbst erklärte: „In Nürnberg diktiere ich und lasse mir nicht dreinsprechen.“ Diese Herrschaft hat aber die Fortschrittlichkeit der „Deutschen Arbeiterpartei“, einer Gründung Streichers nach dem Verbot der Nationalsozialisten Ende 1923, veranlaßt, soeben mit einem Extrablatt an die Öffentlichkeit zu treten, da alle Möglichkeiten eines glücklichen Ausgleichs erschöpft seien. Als letzte Möglichkeit eines solchen Ausgleichs hat die „Deutsche Arbeiterpartei“ versucht, eine Besprechung Streichers mit Ludendorff herbeizuführen. Diese hat stattgefunden und hierbei hat Streicher gegenüber Ludendorff zugestimmt, sich mit dem Landtagsabg. Straßer, dem jetzigen Führer der Völkischen in Bayern, ins Benehmen zu setzen. Ob das geschehen ist oder ob Streicher ohne weiteres gegen seine Freunde mit der Gründung der Großdeutschen Volksgemeinschaft vorging, ist noch unbekannt, jedenfalls versagte Ludendorffs Koffer vollkommen. Infolgedessen sieht sich auch der Vorstand der früheren Streicher-Partei genötigt, öffentlich zu erklären, daß Streicher keinerlei Vollmacht mehr besitze, sich als Führer der Völkischen in Franken zu bezeichnen. Welches Ende der mit so viel persönlicher Leidenschaft geführte Hausstreit unter den Hitler-Enkeln nehmen wird, ist im Augenblick nicht zu sagen. Streicher und Esser denken jedenfalls nicht daran, den Kampfplatz zu räumen, denn sie erklärten übereinstimmend: „Wenn eine Entscheidung erfolgen soll, dann sollen uns die anderen verlassen. Wir sind jahe und bleiben in der Ehe, auch wenn die anderen zum Teufel gehen.“

„Severing & Co.“

Unter dieser Ueberschrift haben einige Berliner Rechtsblätter, die auf Sauberkeit im politischen Kampf offenbar besonderes Gewicht legen, einem deutschnationalen, in Bielefeld erscheinenden Blättchen, eine Notiz entnommen, die den Eindruck erwecken soll, als ob der preussische Minister des Innern im Nebenamt die einträglichsten großkapitalistischen Unternehmungen betreibe. Diese Notiz kennzeichnet sich durch die Art ihrer Polemik selber. Die Angaben über Severings „Beteiligungen“, die man erst jetzt im Bielefelder Adressbuch erbeutet haben will, stehen dort seit etwa 20 Jahren. Es handelt sich darum, daß die Ortsgruppe Bielefeld des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, deren erster Bevollmächtigter Severing jahrelang gewesen ist, vor dem Kriege ein Verbandsbureau gebaut hat, das neben Bureau auch Sitzungs- und Versammlungsräume enthält, die von einem Kapellan bewirtschaftet werden.

Wie bei Partei- und Gewerkschaftsgründungen üblich, ist auch damals die Geschäftsführung des Bielefelder Verbandsbureaus in Form der Offenen Handelsgesellschaft erfolgt. Die Mitglieder dieser Handelsgesellschaft bekommen für ihre Tätigkeit keinerlei Entschädigung, sondern brauchen und bringen dem Unternehmen materielle Opfer. Mit der Verwahrung des Verbandsbureaus hat der Minister Severing seit dem Jahre 1912 nichts mehr zu tun, er ist lediglich Mitglied der Handelsgesellschaft und Firmeninhaber geblieben.

Severing u. Co., d. h. der Metallarbeiter-Verband Bielefeld, hat übrigens gerade in diesen Tagen aus Anlaß des 33. Stiftungsfestes des Metallarbeiter-Verbandes ein neues Baldheim eingeweiht und dem Verbandsführer übergeben. Auf einem prächtigen Waldgrundstück, auf den Höhen des Teutoburger Waldes, ist trotz der Rot der Zeit ein schmucker Bau entstanden, der Zeugnis ablegt von der Fähigkeit und Solidarität der Bielefelder Metallarbeiter, die trotz der Rot der Zeit immer noch die Kraft aufbringen, Neues zu schaffen zur Festigung und Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Arbeiterbewegung.

Den völkischen Herrschern möchten wir empfehlen, sich lieber um ihre geschäftsgewandten Generäle zu kümmern. Erzählen u. d. G. G. wäre z. B. sicher ein dankbares Objekt dafür.

Sozialpolitik im Reichstag.

Sozialdemokratische Deckungsvorschläge.

Der Hauptausschuss des Reichstages beschäftigte sich am gestrigen Montag nochmals mit dem Beschluß des Sozialpolitischen und des Kriegsbeschädigten-Ausschusses über die Regelung der Bezüge der Erwerbslosen und der Abfindungsrenten der Kriegsschädigten unter 20 Prozent. Zu dem letzteren gab der volksparteiliche Abgeordnete

Brief von Rügen.

Von Otto Koeber.

Hier am Strande des Mönchgüter Bädertories gibt es ein Herren-, ein Damen- und ein Familienbad. Aber kein Mensch geht mehr hinein in diese verwitterten Pfahlbauten. Männlein und Weiblein baden in nächstem Durcheinander vom Strandkorb oder von der Sandburg aus, und die Badeverwaltung beschränkt sich darauf, große Verbotszäune an den Strand zu pflanzen. Im übrigen drückt sie beide Augen zu. Noch im Jahre 1893 war meines Erinnerns auf Rügen der Begriff Familienbad unbekannt; in Sahnitz z. B. sorgten zwei Kilometerweit auseinanderliegende Badeanstalten, die eine für männliche, die andere für weibliche Individuen, für leuchtende Trennung der Geschlechter.

So ändern sich die Sitten, und nicht einmal die alte General-superintendentenwaise, die sich jeden Morgen im Strandkorb von ihrer sammelblonden Nichte aus der „Boh“ vorlesen läßt, scheint an diesem Treiben Kergernis zu nehmen. Am Ende ist es sogar eine gute Abschreckungsur für unverbesserliche Wüstlinge: diese freisten Weiber vom Stamm der Raffke, die da im Wasser herumkreischen oder sich im sonnendurchglühenden Sande kosen, wirken durchaus nicht verführerisch.

Drüben in der Burg mit der geistvollen Inschrift „Bei mir Anker“ ist was Besonderes los. Vorkämpfer blühen in der Sonne. Man drängt sich um einen fetten Herrn, der in einem gelb und violett karierten Bademantel im Strandkorb sitzt und dem Frohstönig von Bädlin sprechend ähnlich sieht. Es soll der Mitinhaber eines Berliner Herrenkonfektionsgeschäftes sein. Vermutlich ist ihm ein glänzender Inventurausverkauf „zu rücksichtslos herabgesetzten Preisen“ gelungen, und er feiert hier das frohe Ereignis im Kreise seiner Lieben. Die Kurkapelle spielt dazu: „So lang noch unsern Linden“ usw.

Laufende von Fähnchen und Wimpeln flattern am Badestrand, oft Phantasielampen, öfters noch Schwarz-Weiß-Flor, nirgends die Farben der Republik. Auf See gehen diese Farben ja laut der Weimarer Verfassung nicht — offenbar sind sie deshalb auch an der See verpönt.

Immerhin ist es erfreulich, daß die Ritter vom Hakenkreuz hier so gut wie keine Rolle spielen. Nur selten hört man mal das Deutschlandlied. Meist werden abends in den zahlreichen Restaurants, Bars und Tanzlokalen die neuesten Schimms und Javos gequält und getrommelt. Bei den allabendlichen sogenannten „künstlerischen“ Veranstaltungen, die angeblich „Ergötzung, Humor und Satire“ pflegen wollen, überwiegt bei weitem die Kleinlautbrüder Jote. Zum Beispiel: es tänzelt ein etwas komponiert aussehender kleiner Herr mit einer großen Bause vor dem Boudoir zwischen den Stuhlreihen der Eis-lasse oder Erdbordwolle schlackernden Diebstahlgäste auf und ab und singt ein albernies Liedchen von einem Finfen, der angeblich immerzu

mit dem Schwanz wippte. Refrain: „Fint — Fint — Fintertint, ist das nicht ein lustig Ding“. Alles grölt mit und schmunzelt verständnisvoll. Im Grunde versteht aber keiner die Pointe — weil nämlich keine da ist. Die bloße Vermutung eines unanständigen Doppelpasses genügt diesen anspruchslosen Seelen, um sich königlich zu amüsieren.

Gestern verließ sich das Babelleben aber doch etwas aus der rein animalisch-vegetativen Sphäre ins Politische. Jemand hatte am Strande erzählt, daß beim Fürsten von Putbus, Waise dem Soundsovielen, der Ex-Kronprinz als Gast eingetroffen sei. Einige ältere Herren mit Glätzen und Inalibunten Sportwesten — Typus „Herr Direktor“ —, die sich offenbar um das Wohlergehen des deutschen Volkes und die Entwidlung der Börsenkurse ernste Gedanken machen, legten ihre Stresemann-Physiognomien in noch ernsthaftere Falten und führten, auf der Strandpromenade würdevoll auf und ab wandelnd, mit gedämpfter Stimme tiefsinnige politische Gespräche. Und als ich mittags auf dem Wege nach meinem Quartier wie gewöhnlich den beiden sonnengebräunten Jünglingen begegne, die durch Haltung und Miene ein finster-einstossenes Heftentum und erlauchte Abstammung auszudrücken streben, gewahre ich, daß jeder von ihnen eine Scherbe ins Auge geklemmt hat. Beide sind übrigens Bankangestellte aus Berlin mit äußerst plebejischen Familiennamen.

Gegenüber dem Hause des mir befreundeten Malerehepaars, dessen Gast ich bin, in der Villa Frohsinn, steht ein Papageienkäfig auf der Veranda. Lora genießt die Luftsonne und ist sehr munter. Sie pfeift, singt, schwätzt und ahmt das Quierschen unserer Garten-tür läuschend nach. Wohllich beginnt sie die Nacht am Rhein zu pfeifen. „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“ — hier stockt sie, um sich alsbald mit drolligem Tonfall selbst zu animieren: „Ra Lorchen, weiter — es braust ein Ruf — na, wie gehts weiter? Ra? Nochmal — es braust — na? Ra, Lorchen?“ Aber es geht nicht weiter, und plötzlich ertönt es glodenrein aus Lorchens erstaunlicher Kehle: „Ach, du lieber Augustin, alles ist hin!“

Wenn sich doch unsere Hitler- und Ludendorffmänner an der politischen Einsicht dieses Vogels ein Beispiel nehmen wollten.

Vertrauensumgebung für Professor Willstätter. Mehrere Mitglieder der Münchener Universität, darunter der bisherige Rektor der Universität, von Kraus, haben eine Vertrauensumgebung für Professor Willstätter unterzeichnet, in der es u. a. heißt: „Die allgemeine politische Spannung, die das deutsche Volk auswirkt, hat auch die Universität nicht verschont. Auch hier haben sich schwere Gegensätze eingestellt. Unterzeichner der Kundgebung betrachten es als ihre Pflicht, alles zu tun, daß ein solcher Zwiespalt von der Universität verschwindet.“

Der neue Rektor der Münchener Universität ist Geheimrat Professor Dr. Benger, der seit 1900 als Ordinarius für römische Geschichte an der Münchener Universität wirkt.

Der Klassenkampf gegen die Schwalben. 1)

Von den Ufern des Senegal, vom See Omardaba, Kommt ihr, meine Schwalben, Von Afrikas heiliger Landchaft. Was trieb euch zum kalten April des kalten Deutschland?

Ein letztes Mal noch höre ich der Schwalben Lied: Unter Myriaden Häwern werden wir im Frühling dieses graue Hoffhaus finden, Unter Myriaden Jellen werden wir im Frühling deine Zelle finden.

(Ernst Loller: „Schwalbenbuch“.)

Loller erzählt: Im April kehrten die Schwalben zurück. Meine Zelle bewohnte ein anderer. Fröhlich begannen die Schwalben mit ihrem Nestbau. Da erhob sich ein Kampf gegen die Schwalben. Grausame Menschenhände rissen ihr Nest zu Boden. Die Schwalben begann ein zweites Mal mit dem Nestbau. Und wieder rissen Menschen ihr Nest auseinander. Ein drittes Mal nahmen die Schwalben die vergebliche Mühe des Nestbaues auf. Zum dritten Male zerstörten die Kerkermeister das begonnene Nest.

Da wandten sich die Gefangenen an den Vorstand mit der schriftlichen Bitte: Man möge die Fleißigen und guten Tierchen doch am Nestbau nicht stören. Für Reinlichkeit würden die Gefangenen durch einen Schmutzfänger sorgen. Es kam der Befehl: „Beschwerde zurückgewiesen. Schwalben im Stalle anbauen.“ Der Gefangene mußte die Zelle verlassen. Die Fenster wurden geschlossen, die Tür verriegelt.

Die Schwalben suchten dann eine andere Zelle, begannen hier wieder den Nestbau. Bergens: Der Vorstand war auf der Hut, die Wärter mohlüstig grausam. Die Kester wurden immer von neuem zerstört. Die armen Tierchen konnten sich gar nicht aus. Zum ersten Male geschah ihnen dieses unbegreifliche Unheil. Sie begannen zugleich an ganzen vier Stellen ihr Nestchen zu bauen. Unruhig flogen sie von einer Zelle zur anderen. Am Morgen aber ging die Generalinspektion los auf die Schwalben. Alle vier begonnenen Kester fielen dem ruhmvollen Ansturm zum Opfer. Und immer wieder von neuem versuchten die Schwalben den Nestbau. Und immer von neuem tobte der Kampf des Festungsvorstandes gegen die Schwalben. Da hörten die Schwalben auf mit dem Bauen. Sie waren verschunden, vertrieben.

Da plötzlich entdeckte der eine von den Gefangenen im Abortraum ein Schwalbennest zwischen zwei Wasserröhren. Hier hatten die Schwalben, für's hinterhältige menschliche Auge nicht sichtbar, endlich ihr Nestchen vollendet.

Ein Jubel erfüllte die Herzen ihrer gefangenen Freunde. Denn mächtiger als Kerkermeister und Festungsvorstand erwies sich Schwalbin und Schwalberich. Die Freude war, ach, nur zu kurz. Ein Wächter bemerkte durch bösen Zufall die Tierchen. Zerissen wurde das Nestchen, vertrieben waren die Schwalben.

*) So nennt Loller selbst einem Mitarbeiter des SPD. gegenüber den Kampf der Festungsvorwaltung von Niederschönenfeld gegen die Schwalben, dem wir sein „Schwalbenbuch“ verdanken. Die vorstehenden Ausführungen sind eine freie Wiedergabe von Lollers eigenen Mitteilungen.

Dr. Cremer die Erklärung ab, daß seine Partei im Plenum, im Gegenjah zu ihrer Haltung im Ausschuß, gegen die Aufbesserung der 20prozentigen Renten stimmen werde, da sie sich davon überzeugt habe, daß die Bedenken des Finanzministers zu Recht beständen.

Die vom Sozialpolitischen Ausschuß beantragte Erhöhung der Familienzuschläge der Erwerbslosen um 100 Proz. war am Sonnabend vom Reichsfinanzminister wegen der fehlenden Deckung abgelehnt worden. Die sozialdemokratische Fraktion brachte deshalb in der gestrigen Sitzung die von ihr in Aussicht gestellten Deckungsvorschläge ein. Der Antrag fordert: erstens die Erhöhung der Aufsichtsratssteuern von 20 auf 100 Proz., zweitens den hierdurch noch nicht gedeckten Rest von den Berufsgenossenschaften aufzubringen nach Maßgabe ihrer Mitgliedsbeiträge unter Ausschluß der Betriebe mit weniger als zehn beschäftigten Personen.

Dieser Antrag wurde vom Genossen Hoch begründet. In der Aussprache darüber bezieht sich der Reichsfinanzminister die Stellungnahme vor, während der deutschnationalen Abgeordnete Rumm Bedenken geltend machte, ob die Aufsichtsräte diese Steuer auch tragen könnten. Genosse Herz antwortete ihm, daß die Steuer nur einen Teil des Unrechts gut mache, das durch die Mißwirtschaft der Aufsichtsräte an den Aktionären verursacht wurde und die denkbar gerechteste Steuer darstelle. Er richtete ferner die Anfrage an das Reichsfinanzministerium, wie es sich die Tatsache erkläre, daß nach den amtlichen Ausweisen über Steuereinkommen die Landwirtschaft an Landabgabe 12 Millionen Goldmark mehr zurückerhalten habe als überhaupt entrichtet worden sei. Falls der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Aufsichtsratssteuer abgelehnt werde, werde die sozialdemokratische Fraktion zur Stellung anderer Anträge den Weg zeigen, auf dem die Familienzuschläge der Erwerbslosen um 100 Proz. erhöht werden könnten, ohne daß die Gefahr der fehlenden Deckung entstehe.

Staatssekretär Zapf versprach für eine spätere Sitzung genaue Auskunft über die Höhe der Rückzahlung bei der Landabgabe. Schon jetzt aber könne er sagen, daß die Umrechnung der in Papiermark entrichteten Landabgabe in Gold schwierig sei und bei anderer Berechnungsart ein anderes Ergebnis erzielt werde. Aus der weiteren Debatte ist die Tatsache bemerkenswert, daß selbst die Bäckischen durch Wulle sich die Stellungnahme zu der Schaffung der Aufsichtsratssteuer vorbehielten.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des sozialpolitischen Ausschusses auf Erhöhung der Familienzuschläge um 100 Proz. mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Bäckischen abgelehnt und ein Antrag des Zentrums auf Erhöhung der Familienzuschläge um 50 Proz. angenommen. Damit waren die bürgerlichen Parteien, da die Regierung in diesem Umfang Deckung besitzt, um die für sie so unangenehme Stellungnahme zu den sozialdemokratischen Deckungsvorschlägen herumgekommen.

Auf Verlangen der Sozialdemokratie wird der Haushaltsausschuß am Mittwoch den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Ermächtigung der Reichsregierung zur selbständigen Befolgsverordnung beraten.

Gegen die Rechtsbeugung.

Einspruch Leinerts gegen den Mißbrauch der Abbauperordnung.

Genosse Leinert hat gegen den Versuch der reaktionären Parteien, ihn mit Hilfe der Abbauperordnung als Oberbürgermeister von Hannover zu beseitigen, Einspruch erhoben. An der Rechtswidrigkeit dieses Vorgehens und an der Tatsache, daß es sich nicht um eine sachlich begründete Maßnahme, sondern um ein reaktionäres Manöver gegen einen Republikaner richtet, ist nach den standalösen Vorgängen bei der Vertagung des preussischen Landtags kein Zweifel. Genosse Leinert stellt fest, daß die dem Abbaubeschluß beigefügte Begründung des Ordnungsbuchs vom Bürgervorsteherkollegium nicht beschlossenen worden sei, und erklärt, daß seine Gegner die fundamentalen gesetzlichen Bestimmungen in gröblichster Weise verletzt haben.

Rur hin und wieder besuchen sie jetzt tagsüber die Zellen der Fremden. Rechts aber zogen sie fort. Und einmal, es war schon sonniger Juli im Freien, da kam der Schwäbischer Pfeifer und schreie zu den Festungsmauern geflogen — allein, ohne die Schwäbin. Trauer zog ein in die Herzen der gefangenen Freunde: die Schwäbe mußte tot sein. Sie hat ihre Eier wohl nirgends hingelassen können, im Kampf um ihren Nestbau.

Bier Monate hatte der glorreiche Feldzug der Festungsbeamten gegen die Schwäben gedauert. So trug nun endlich die christliche Nächstenliebe ihren Sieg über die kleinen Tierchen davon.

Am Morgen bin ich aufgewacht,
Das Herz war leer
Mein Herz war leer . . .
O liebe kleine Schwäbchen.

Wann endlich, Tiere, bündet ihr euch
Zum Bunde wider die Menschheit?
Ich, ein Mensch,
Rufe euch auf.
Ich will mich an eure Spitze stellen,
Ich, ein Renegat der Menschheit,
Will euch führen gegen den einen Feind
Mensch.

(Lollet: „Das Schwäbenbuch“.)

Ueber die Frage der Einheitskurzschiff betriet am Montag im Reichsministerium des Innern eine Konferenz, an der die interessierten Ressorts des Reichs und der Länder mit Ausnahme von Bayern und einigen kleineren Ländern teilnahmen. Braunes erklärte sich bereit, unter bestimmten Bedingungen auf den Boden des Freyschen Einigungsentwurfs zu treten. Da eine Einigung über diese Bedingungen nicht herbeizuführen war, so konnte ein Ergebnis zunächst nicht erzielt werden. Das Reichsministerium des Innern wird die Angelegenheit weiter verfolgen.

Heidnische Götterdienst in der Umgebung von Petersburg. Im Kreise Tichwin, nur etwa 150 Kilometer von Petersburg, sind, wie der Ost-Express mitteilt, bei den in den dichten Wäldern jener Gegend lebenden Bayern noch völlig heidnische Gebräuche üblich. Petersburger Gelehrte, die sich für diese Frage interessieren, haben den Ruf eines geheimnisvollen Wesens, namens „Molka auf Läden“, festgestellt, wofür mit uralten Liedern und Tänzen Liederer begleitet werden. Die Vorstellungen dieser Waldbewohner scheinen von der Modernisierung Rußlands seit Peter dem Großen nicht berührt zu sein.

Wieder „Bismarck“ wird in der nächsten Saison im Nationaltheater Weimar uraufgeführt werden.

Eine große Oper für London. Eine Subsidion ist von dem Komponisten Söder de Lara erwirbt worden, um die Mittel zur Errichtung eines Kaiserlichen Opernhauses in London zu erlangen. Für den Bau des Hauses wird eine Summe von einer Million Pfund gestiftet und die gleiche Summe für die Einrichtung und Ausstattung. De Lara hofft, den Engländern, die keine ständige Oper haben, die schönste Oper der Welt zu schaffen, die 4000 Sitze haben soll und in der die Preise zwischen 5 und 1 schillings liegen sollen.

Der Verfassungstag in Preußen.

Anordnung des Staatsministeriums.

Der Amtliche Preussische Pressedienst gibt folgenden, vom Preussischen Staatsministerium am 16. Juli d. J. gefaßten Beschluß zur Feier des Verfassungstages bekannt:

Wie in den letzten Jahren, so haben Reichsregierung und preussische Staatsregierung auch in diesem Jahre beschlossen, zur Erinnerung an die Wiederkehr des Tages, an dem vor fünf Jahren die neue Verfassung des Deutschen Reiches vollzogen wurde, den 11. August festlich zu begehen. Den Beweis dafür, daß die Grundlagen des Verfassungswerkes von Weimar fest genug gefügt sind, um schwersten Erschütterungen von innen und außen zu widerstehen, hat die Reichsverfassung namentlich in dem seit der letzten Feier vergangenen Jahre überzeugend erbracht. Aus Grund seiner selbstgeschaffenen Verfassung darf daher das deutsche Volk mit neuem Vertrauen in eine hellere Zukunft blicken, von der es zunächst erhofft, daß sie bald allen im Reiche vereinten deutschen Stämmen die ersehnte Freiheit und Selbstbestimmung zurückgeben möge. Diefem Gedanken vor allem soll die Feier gelten, für die entsprechend den früheren Bestimmungen folgendes angedordnet wird:

1. Sämtliche staatlichen Dienstgebäude sowie die Gebäude der Selbstverwaltungskörper haben am 11. August in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen. Wenn staatliche Behörden nicht staatseigene Gebäude innehaben, so ist auch für deren angemessene Beflaggung zu sorgen. Soweit einzelne Gemeinden oder Gemeindeverbände im Besitz von besonderen Flaggen (z. B. in den Stadt- oder Provinzialfarben) sind, können diese neben den Reichs- und Landesflaggen gezeigt werden.

2. An allen Orten, die Sitz eines Oberpräsidiums, einer Regierung oder eines Landrats sind, haben die Vorstände dieser Behörden sich mit den dort vertretenen anderen Landes- und Reichsbehörden sowie mit den Spitzen der Kommunalbehörden unverzüglich ins Benehmen zu setzen, um möglichst gemeinsame Bestimmungen über eine würdige äußere Gestaltung der Feier herbeizuführen.

3. Wegen der Feier im einzelnen (Ansprachen, musikalische oder sonstige Darbietungen und dergleichen) wird den Behörden weitestgehende Handlungsfreiheit gelassen, da die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse eine einheitliche Regelung ausschließt. Wie im vergangenen Jahre, so verbleibt auch jetzt die Finanznot des Staates grundsätzlich jegliche Zuschüsse aus Staatsmitteln zu den Veranstaltungen.

4. Zu den Feiern sind Vertreter der Bevölkerung hinzuzuziehen. Zur Teilnahme sind die Spitzen der Militärbehörden sowie die Organisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Handels- und Handwerkerkammern, Innungen, Beamten- und Angestelltenorganisationen besonders einzuladen.

5. Sämtliche Staatsbeamten sowie die Vertreter der Selbstverwaltungskörper sind durch die Vorstände der Behörden zu den Festakten einzuladen. Es wird von den Staatsbeamten erwartet, daß sie sich an den Festakten beteiligen. Zu diesem Zweck und zur Teilnahme am Gottesdienst ist ihnen, soweit sie nicht durch dringende dienstliche Obliegenheiten verhindert sind, Dienstbefreiung zu gewähren.

Erwerbslosenfragen im Reichstag.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit Fragen der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose.

Der Behandlung liegen zugrunde 1. aus einer Interpellation Müller-Franken (Soz.) eine Anfrage an die Regierung, ob sie bereit sei, die vom Reichstag wiederholt gefaßten Beschlüsse auf Beschaffung von Arbeitsgelegenheit auszuführen und die zu derselben Frage vorliegenden ungelösten Vorläufe der Gewerkschaften zu beachten; 2. ein Antrag Dr. Reichert (Dnall.), der die Bureauführung sowie die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern beschränken und eine Anordnung für alle Vergebungsstellen des Reiches, der Länder und Gemeinden erlassen wolle, die die Verwendung ausländischer Erzeugnisse und Arbeitsleistungen ausschließt; 3. ein kommunistischer Antrag Stetter, der die Bereitstellung von fünfzehnhundert Millionen Goldmark für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Erwerbslose verlangt, sowie die Verordnung über die Pflichtarbeit der Erwerbslosen aufgehoben haben will.

Abg. Krählig (Soz.) gab einen Ueberblick über die Verhandlungen des vorigen Reichstags über diese Frage und forderte die Stellungnahme der Regierung zur produktiven Erwerbslosenfürsorge. Abg. Kiborne (Dnall.) betonte, daß zurzeit die Volkswirtschaft die ausländischen Arbeitskräfte nicht ganz entbehren könne.

Ministerialrat Weigert bemerkt, daß die Arbeitsbeschaffung gegenüber der reinen Unterstützung für die Erwerbslosen im Vordergrund stehen müsse, dieser Aufgabe diene vor allem das Arbeitsnachweisesetz. Die Zahl der ausländischen Arbeiter sei gegenüber der Vorkriegszeit auf ein Viertel zurückgegangen. Das Arbeitsministerium würde die Bereitstellung von fünfzehnhundert Millionen für die Erwerbslosen begrüßen. Es müsse aber durchaus bezweifeln, daß der Finanzminister diese Mittel zur Verfügung stellen könne. Der Redner gab sodann einen Ueberblick über die bisherigen Leistungen auf dem Gebiete der produktiven Erwerbslosenfürsorge und meinte, daß öffentliche Mittel nur noch für wirklich volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten, namentlich für die Volksernährung, aufgewendet werden sollen. In der Besprechung der Einzelheiten des kommunistischen Antrags betonte der Redner u. a., daß es nicht möglich sei, bei den Erwerbslosenarbeiten die vollen Tariflöhne zu zahlen; es würden Zuschläge bis zu 210 Proz. der Hauptunterstützung gezahlt, was bis zu 80 bis 85 Proz. der Tariflöhne ausmache.

Abg. Simon-Franken (Soz.) wandte sich dagegen, daß bei Erwerbslosenarbeiten weniger als die Tariflöhne gezahlt werde; sonst würden die Leistungen der Erwerbslosen auch weniger befriedigend sein. Die Stilllegungsverordnung müßte ihrem Geste noch durchgeführt werden, dann würde viel Arbeitslosigkeit fallen. Die Kurzarbeiterunterstützungen müßten von Reichs wegen wieder eingeführt werden; zurzeit zahle sie z. B. Sachsen, Bayern aber nicht.

Abg. Dittmann (Soz.) wünscht Auskunft, in welchem Verhältnis die durch die produktive Erwerbslosenfürsorge geschaffenen Werke zu den Mehrkosten gegenüber der einfachen Erwerbslosenunterstützung stehen. Abg. Creutzburg (Komm.) begründet einen Antrag, nach dem Abmachungen über Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden durch die Schlichtungsausschüsse nicht für verbindlich erklärt werden sollen. Abg. Wieber (Z.) meinte, man könne die ganze Frage nur behandeln, wenn man den Finanzminister gehört habe. Jedenfalls müsse aber etwas für die Erwerbslosen geschehen.

Hierauf wurde die Beratung auf heute vertagt.

Der Hallenser Kommunistenprozeß.

Halle, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Halleische Gericht fällt am Montag in dem Voelberger Kommunistenprozeß wegen der Schiebererei am Ludendorff-Tage in Halle das Urteil, in dem 6 Angeklagte zu je 6 Monaten, 8 Angeklagte zu je 7 Monaten, 1 Angeklagter zu 8 Monaten, 1 Angeklagter zu 1 Jahr und einer zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt werden. 8 Angeklagte wurden freigesprochen, mehrere zu Geldstrafen verurteilt.

Der Verlauf der Verhandlungen hat die schwere Schuld der Ludendorffer und die kommunistischen Führerschaft an dem Blutvergießen in Halle erwiesen. Die Rechnung aber wird wiederum bezahlt von Proletariern, während die wahrhaft Schuldigen ihre Hände in Unschuld waschen und sich ihrer Freiheit freuen.

Eisenbahntuppen statt Regiepersonal.

Paris, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach den vergeblichen Bemühungen der militärischen Sachverständigen bei der Londoner Konferenz, eine Einigung in der Frage der Eisenbahnen der besetzten Gebiete zu finden, halten nach den Pariser Blättermeldungen, der französische Kriegsminister General Ruffet und der Staatssekretär im englischen Auswärtigen Amt Sir Crowe am Sonntag versucht, die Grundlage für ein solches Kompromiß zu finden, aber auch diese Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Der Gegensatz zwischen der französisch-belgischen und der englischen Auffassung besteht somit weiter. In den Kreisen der Konferenz soll nach dem „Temps“ neuerdings der Gedanke erwogen werden, die Schwierigkeiten dadurch zu umgehen, daß die Garnisonen längs der in Frage kommenden Eisenbahnstrecken mit Eisenbahntuppen besetzt werden sollen. Durch diese soll bis zum Ende der Besetzung der Betrieb auf diesen Linien jederzeit durch ihr Eingreifen sichergestellt werden können.

In der Unterkommission für

die ökonomische Räumung

ist eine prinzipielle Einigung dahin zustande gekommen, daß Frankreich und Belgien sich verpflichten, sofort nach Erfüllung der von der Reparationskommission als Voraussetzung für die Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes aufgestellten Bedingungen folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Den deutschen Behörden in den besetzten Gebieten ihre vollen Befugnisse wiederzugeben, die sie vor dem 1. Januar 1923 besaßen haben. Diese Wiederherstellung des status quo ante, die sich nicht nur auf die Erhebung der Steuern und Zölle, sondern auf die Gesamtheit des wirtschaftlichen Lebens und des fiskalischen Regimes bezieht, soll erfolgen in den Grenzen des Versailleser Vertrages, der von der Rheinlandkommission ergangenen Verordnungen und der Bestimmungen des Dawes-Planes.

2. Die von den französisch-belgischen Behörden beschlagnahmten Zechen, Kokereien und industriellen Werke freizugeben.

3. Die Ricum aufzulösen.

4. Den Verkehr von allen Schranken zu befreien und alles requirierte Eigentum zurückzugeben.

Ein weiterer konkreter Fortschritt soll dadurch erzielt werden sein, daß die Franzosen, dem britischen Drängen nachgebend, sich bereit erklärt haben, für die einzelnen Abchnitte der wirtschaftlichen Räumung bestimmte Termine festzusetzen, die zwischen dem 1. September und dem 30. Oktober liegen sollen.

Der Konsulmord in Teheran.

Teheran, 21. Juli. (Reuter.) Das Attentat auf den amerikanischen Konsul fand inmitten einer großen Menschenmenge statt. Obgleich zahlreiche Polizeihunde und bewaffnete Soldaten zugegen waren, wurde kein einziger Schuß zur Verteidigung des Opfers abgegeben. Der Konsul wehrte sich tapfer, war aber machtlos, da sich eine wilde Soldatenmenge an dem Attentat beteiligte. Der Kopf des Konsuls weist Säbelhiebe auf. Das diplomatische Korps richtete eine ernste Note an die persische Regierung. In Teheran ist das Stillebedeutend verhängt.

Der Angriff auf den Konsul soll erfolgt sein, als er heilige Stätten oder auch eine Prozession photographieren wollte.

Reaktion auch in Baden.

Das badische Staatsministerium hat durch seinen Staatspräsidenten dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach welchem der Geschäftskreis der Ministerien geändert wird. Das Arbeitsministerium wird aufgehoben. Die Wasser- und Strohbauverwaltung und die Geologische Landesanstalt werden dem Finanzministerium angeschlossen. Die übrigen Geschäfte des Arbeitsministeriums sind dem Ministerium des Innern zu übergeben. Der Haushaltsausschuß stimmte bereits mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokratie, der Demokraten und eines Landbundesvertreter der Vorlage zu. An der Annahme des Gesetzentwurfes im Plenum ist nicht zu zweifeln.

Damit ist eine politische Tatsache von größter Bedeutung geschaffen. Das von dem Sozialdemokraten Dr. Engler bisher geführte Arbeitsministerium ist ein Opfer der reaktionären Entwidlung in den bürgerlichen Parteien geworden. Die Sozialdemokratische Fraktion stand vor der Frage: Soll die Fraktion einen Abbau des Arbeitsministeriums einer sicheren Mehrheit aus bürgerlichen Parteien gegenüber abgeben und damit dann konsequenterweise aus der Koalition austreten, oder soll sie versuchen, für die Arbeiterschaft sachlich zu erhalten, was noch zu erhalten war. Wie die Abstimmung zeigt, hat sich die Fraktion für das letztere entschieden. Der bisherige Minister wird Präsident des Gewerbeaufsichtsamtes, das als solches ausgebaut wird und die wesentlichsten Aufgaben des Arbeitsministeriums übernimmt; es sind das der gesamte Arbeiterschutz, das Schlichtungswesen, die Gewerbeaufsicht, die Tarifverträge sowie die umfangreiche Versicherungsgefeßgebung und die Durchführung der Reichsversicherungsordnung in Baden. Unterstellt ist dieses Amt dem Ministerium des Innern, das unter der Leitung des sozialdemokratischen Innenministers Kramme steht.

Der Abbau des Staatsministeriums wird in der Arbeiterschaft als ein schwerer Schlag für die Interessen der Arbeiterschaft empfunden. Nicht nur die freien, sondern auch die christlichen, sogar die deutschnationalen Gewerkschaften haben sich bisher für die Weiterbestehen des Arbeitsministeriums eingesetzt. Leider vergeblich; das Zentrum, das die schwerste Verantwortung für diesen Abbau trägt, blieb auf seinem Antrag bestehen und war offenbar auch bereit, gegebenenfalls die bisherige Koalition deswegen auseinanderbrechen zu lassen. Der Ausfall der Reichstagswahlen hat sicherlich auch zu diesem Schritt der Staatsregierung beigetragen; wesentlicher aber erscheint uns als Grund die Tatsache, daß die Koalition zwischen Zentrum und anderen bürgerlichen Parteien und gewisse reaktionäre Strömungen auch in den eigenen Reihen des Zentrums sich in dieser Richtung auszuwirken besonders bestrebt waren. Es wird nun Sache der Arbeiterschaft sein, dafür zu sorgen, daß bei den Landtagswahlen im Jahre 1925 eine bessere Position für die Verteidigung der Arbeiterrechte geschaffen wird.

Steuerstreik!

Sabotage des Staats als Ziel des Landbundes.

Auf einer Generalversammlung des Westfälischen Landbundes sagte der Reichstagsabgeordnete Stubendorf: „Zu dem letzten Mittel, dem allgemeinen Steuerstreik, könne der Reichslandbund im gegenwärtigen Augenblick noch nicht greifen, da die Leitung nicht wisse, ob alle örtlichen Landbünde mit ihren sämtlichen Mitgliedern darin hinter ihr stünden. Aber man müsse zu dem großen Kampf gegen den Staat, der der Todfeind der Landwirtschaft sei, rufen!“ Wird gegen Stubendorf auf Grund der Verordnungen gegen Steuersabotage eingeschritten werden?

Wen Horty begnadigt. Der ungarische Reichsberufener hat für die an dem Königsputsch im Oktober 1921 beteiligten Personen, darunter Graf Antrassy, Dr. Graf Rakonczky, Beniczky und Major Ostenburg Strafnachlass angeordnet.

Gewerkschaftsbewegung

Deutschland als „Vorbild“.

Die Entwicklung in Oberschlesien zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, zu welchen Zuständen wir kommen werden, wenn es nicht gelingen sollte, in kurzer Frist den Achtstundentag in Deutschland wieder restlos herzustellen.

Wie erinnerlich ist durch einen sogenannten Schiedsspruch, d. h. mit den Stimmen der Unternehmer und den Stimmen der vom Reichsarbeitsminister ernannten Unparteiischen für die Eisenhüttenindustrie in Oberschlesien das Zweischichtensystem eingeführt worden. Darauf haben die Eisenhüttenbesitzer in Polnisch-Oberschlesien erklärt, daß sie, um ihre Betriebe konkurrenzfähig zu erhalten, gezwungen seien, gleichfalls zum Zweischichtensystem überzugehen. Die polnische Regierung hat sich bemüht, zu vermitteln, aber schließlich auf Verordnungswege die Eisenhüttenbesitzer ermächtigt, eine zweistündige Verlängerung der Arbeitszeit vorzunehmen. Kaum hatten die Unternehmer in Polnisch-Oberschlesien ihr Vorhaben angekündigt, als die Unternehmer in Deutsch-Oberschlesien durch Anschlag den Arbeitern mitteilten, daß eine weitere Reduzierung der Löhne vorgenommen werden müsse, um die Betriebe in Deutsch-Oberschlesien konkurrenzfähig zu erhalten. Das Wörtchen um die längste Arbeitszeit und die niedrigsten Löhne kann also weiter gehen, solange die Arbeiterschaft nicht imstande ist, in Deutschland den Achtstundentag sicherzustellen.

Die „Rote Fahne“ beruft sich triumphierend auf die Verfügung der polnischen Regierung, die bekanntlich vor kurzer Zeit das Abkommen von Washington ratifiziert hat. Das wäre nach der „Roten Fahne“ ein Beweis dafür, daß die Ratifizierung des Abkommens von Washington durch Deutschland den Achtstundentag keineswegs sicherstellen würde. Das kommunistische Blatt, das sich im Schweiße seiner Redakteure bemüht, den Unternehmern Argumente gegen die Ratifizierung des Abkommens von Washington zu liefern, hat offenbar übersehen, daß der Konflikt bzw. die Verfügung der polnischen Regierung gerade darauf zurückzuführen ist, daß in Deutschland das Abkommen von Washington nicht ratifiziert ist und daß in Deutsch-Oberschlesien das Zweischichtensystem eingeführt wurde.

Wer die Konstellation des ober-schlesischen Industriegebietes kennt, der weiß, daß die Einführung des Zweischichtensystems in Deutsch-Oberschlesien unweigerlich dieselbe Maßnahme in Polnisch-Oberschlesien zur Folge haben mußte. Es ist gerade so, als wenn man willkürlich das Ruhrgebiet entzweischneidet und die Betriebe oder Teilbetriebe, die auf der einen Seite der willkürlich gezogenen Grenze liegen, ermächtigt, das Zweischichtensystem einzuführen und dann verlangt, daß auf der anderen Seite das Dreischichtensystem aufrecht erhalten bleiben soll.

Die Kommunisten haben bekanntlich ein sehr einfaches Rezept. Sie sagen, der Achtstundentag müsse durch eine „revolutionäre Erhebung“ der Arbeiterklasse Deutschlands erkämpft werden. Dieses Rezept haben sie unter besonders günstigen Umständen in Deutsch-Oberschlesien zur Anwendung zu bringen versucht. In Polnisch-Oberschlesien bestand das Dreischichtensystem. In Deutsch-Oberschlesien sollte durch den schon erwähnten Schiedsspruch das Zweischichtensystem eingeführt werden. Die Kommunisten, die es verstanden haben, sich in Oberschlesien einzunisten und die Gewerkschaften auszusuchen, riefen die Arbeiter nach bekanntem Muster zum Kampf auf. Sie setzten alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel in Bewegung, um diesen Kampf zum siegreichen Ende zu führen. Von den Gewerkschaften konnten ihnen in diesem Kampfe schon deshalb keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden, weil sie ja durch die Kommunisten vollständig an die Wand gedrückt waren. In diesem Kampfe wie in allen anderen Kämpfen, die von den Kommunisten bisher geführt wurden, haben sie jedoch nur vermocht, die Arbeiterschaft in eine schwere Niederlage hineinzuführen. Es wird länger und intensiver Aufbaurbeit der Gewerkschaften bedürfen, um die Scharte in Oberschlesien wieder auszuweihen. Gegenwärtig scheint die Widerstandskraft der Arbeiterschaft in Deutsch-Oberschlesien gebrochen zu sein, was von den Unternehmern weidlich ausgenutzt wird.

Infolge der eigenartigen Konstellation des ober-schlesischen Industriegebietes und der willkürlichen Grenzführung gibt es, insbesondere nach der durch die Kommunisten herbeigeführten Niederschlagung der Arbeiterschaft in Deutsch-Oberschlesien, nur ein Mittel, den Achtstundentag zu sichern: das ist die Ratifizierung des Abkommens von Washington durch Deutschland und somit die gesetzliche Festlegung des Achtstundentags. Wer sich dem widersetzt, wer die Ratifizierung des Abkommens von Washington zu verhindern sucht, der tritt praktisch dafür ein, daß in Oberschlesien auf polnischer wie auf deutscher

Seite das Zweischichtensystem aufrechterhalten bleibt.

Und nicht in Oberschlesien allein. Die Unternehmer in Frankreich, Belgien und Luxemburg werden der Einführung des Zweischichtensystems in der Schwerindustrie des Ruhrgebietes gewiß nicht lange zusehen, ohne für sich in Anspruch zu nehmen, gleichfalls das Zweischichtensystem durchzuführen. Daß die Widerstandskraft der französischen Arbeiterschaft durch die kommunistische Spaltung außerordentlich geschwächt ist, braucht nicht besonders unterstrichen zu werden. Wie leicht es die Unternehmer jenseits der Grenze über haben, auf die öffentliche Meinung und somit auf die Gesetzgebung einzuwirken mit dem Hinweis auf Deutschland als den Friedensförderer, liegt auf der Hand. Die deutschen Unternehmer und die ihnen hilfreiche Reichsregierung sind es, die durch ihr Vorgehen das Ansehen Deutschlands im Auslande aufs schwerste schädigen. Wenn wir die Ratifizierung des Abkommens von Washington fordern, so vertreten wir damit nicht nur die Interessen der Arbeiterschaft, wir verteidigen damit das Ansehen Deutschlands in der Welt und die Möglichkeit, zu einer internationalen Ausöhnung zu gelangen.

Warschau, 21. Juli. (W.T.B.) Gestern fanden in der Wojewodschaft Ost-Oberschlesien zahlreiche Versammlungen aller gewerkschaftlichen Richtungen statt. In den Versammlungen wurde scharf Stellung genommen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. In den meisten Versammlungen lehnte die Arbeiterschaft die Regierungsverordnung ab, jedoch erklärten einige, daß sie heute, wo eine soziale Erregung nach der anderen verloren geht, sich dem Diktat doch beugen müßten.

Die Metallindustriellen auf hohem Pferd.

Wie wir erfahren, hat der Verein Berliner Metallindustrieller nunmehr das Abkommen abgelehnt, das vorige Woche zwischen seiner Verhandlungskommission und den VZ-Gewerkschaften abgeschlossen wurde, wonach für die Monate Juli/August der Vorschlag von 25 Prozent als Abfindungssumme für die Lohnforderungen zu gelten hat. Dieser Beschluß zeigt die Berliner Metallindustriellen in ihrer ganzen Größe. Die VZ-Gewerkschaften werden zu der neuen Sachlage in den nächsten Tagen in Betriebs- und öffentlichen Versammlungen Stellung nehmen.

Zum Personalabbau im Bankgewerbe.

Eine Darstellung von Benno Marg, des Geschäftsführers des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, gibt ein erschütterndes Bild. Von 250 000 Bankangestellten, die zu Ende der Inflationszeit im Bankgewerbe tätig waren, sind bereits mehr als die Hälfte abgebaut und mit weiteren Entlassungen ist noch zu rechnen. Die mittleren und kleineren Bankgeschäfte haben ihr Personal bis zu 65 und 70 Prozent, die Großbanken zum Teil bis 40 und 50 Prozent abgebaut; eine Großbank, die Mitteldeutsche Kreditbank, sogar bis 70 Prozent. Ungefähr zwei Drittel der Entlassenen haben überhaupt keine Abfindungssummen erhalten. Bei einer Beschäftigungsdauer von einem bis anderthalb Jahren wurde keine Abfindung zuerkannt. Diejenigen aber, denen eine Abfindungssumme zuerkannt wurde, erhielten durchschnittlich eine Abfindung von 100 bis 130 Mark, während bei dem österreichischen Bankbeamtenabbau den gekündigten Angestellten 9 bis 30 Monatsgehälter ausbezahlt wurden. Bei dem Abbau wurde häufig auch versucht, die Betriebsvertretungen abzubauen, was jedoch in der Regel verhindert werden konnte. Der notwendige Personalabbau gab auch oft Gelegenheit, die Maßregelungen mißliebiger Angestellter zu vermeiden. 80 Proz. der Abgebauten ist gegenwärtig erwerbslos. Die übrigen suchen als Zeitungshändler, Zigaretten- und Streichholzverkäufer, Provisionreisende oder Versicherungsagenten Beschäftigung. Eine Anzahl Bankbeamte sind Straßenbahner, Hilfskutscher, Hausdiener oder ähnliches geworden. Die staatliche Erwerbslosenfürsorge stellt sich im Durchschnitt auf rund 5 Mark wöchentlich und reicht selbstverständlich nicht für das bestehende Lebensminimum aus. Der „Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten“ war bisher in der Lage, seinen Mitgliedern Unterhaltungen in der Höhe zwischen 7,50 und 45 Mark monatlich, je nach Dauer der Mitgliedschaft, zu zahlen.

Der neue Reichsmantelstarif für die Gemeindefürsorge.

Berlin, 21. Juli. (U.) Der neue Reichsmantelstarifvertrag für die Gemeindefürsorge (RMP. 1924) ist in Kraft getreten. Er besteht zum größten Teil aus einer Vereinbarung zwischen dem Reichsarbeitsverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen. Einige Bestimmungen, wie z. B. die Arbeitszeitregelung, beruhen auf dem Schiedsspruch einer Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Juli der unter dem 21. Juli vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden ist, obwohl er vom Gemeindefürsorgeverband abgelehnt wurde.

Das Scheitern der Textiluntersuchung.

Mit Recht kann der vorläufige Bericht der mit der Untersuchung der Preisgestaltung im Textilgewerbe betrauten Kommission so überschrieben werden. Die Untersuchung erstreckte sich nicht auf das ganze Gewerbe, sondern es wurde die Preisgestaltung einzelner Textilfabrikate untersucht. Die Verschiedenheiten unter den einzelnen Herstellern waren zu groß, um allgemeine Schlüsse zu gestatten. Entscheidend waren die Faktoren: zu welchem Zeitpunkt der Rohstoff gekauft wurde, welche Zinsen nach geliehenem Betriebskapital gezahlt

werden müssen, wie oft die Umsatzsteuer entrichtet werden mußte. (Bei konzentrierten Betrieben weniger häufig als bei den übrigen.) Die Verhältnisse liegen bei den Unternehmern sehr verschieden. Die von den Unternehmern angegebenen Gewinnsätze waren nicht übermäßig, es besteht aber — wie der Bericht hervorhebt — keine Gewähr dafür, daß die Selbstkostenberechnung wahrheitsgemäß mitgeteilt wurde. Das einzige, was festgestellt werden kann, ist, daß der Lohnanteil an dem Textilprodukt gegenwärtig geringer ist als vor dem Krieg und deshalb die Löhne für die Ueberzeugung der Textilprodukte in keiner Weise verantwortlich sind.

Mißglückte Versammlungssprengung.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten hatte für Freitag eine öffentliche Versammlung der weiblichen Angestellten, des männlichen Hilfspersonals und der Hoteldiener und Zimmernädchen einberufen. Die „Rote Fahne“ hatte durch eine besondere Notiz die sogenannte Opposition zu dieser Versammlung kommandiert. Unter anderem stellte sich auch der Berichterstatter der „Roten Fahne“ ein, der bereits beim Betreten des Versammlungslochs die Bemerkung fallen ließ: „Die Versammlung ist unser.“

Während der Versammlung glaubte der Berichterstatter durch Zwischenrufe und Reden eine Sprengung herbeiführen zu können. Er hatte die Redner aber ohne den Willen gemacht. Er wurde von dem Versammlungsleiter aus dem Saal gewiesen. Am übrigen fanden die Kommunisten keinen Anstoß mit ihren Versuchen, sich als Helfershelfer der Unternehmer zu betätigen, sie erlebten vielmehr eine gehörige Abfuhr.

Die Versammlung, die sehr gut verlief, beschäftigte sich mit der Wiedererringung des Achtstundentages, mit der Frage der Ruhezeit, des Urlaubs und der allgemeinen Lage der Angestellten.

Lange Arbeitszeit und Hungerlöhne.

Bochum, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Belegschaft der Zeche „Verlorener Sohn“ bei Bannl ist zum 1. August gekündigt worden. Als Begründung dieser Massenentlassung gibt die Verwaltung Geld- und Kreditmangel an; sie teilt gleichzeitig mit, daß der Betrieb zum 1. August wieder aufgenommen werde, wenn die Belegschaft sich mit einem 15 prozentigen Lohnabbau einverstanden erklärt, da nur so der Betrieb ohne Verlust weitergeführt werden könne.

Ein seltsamer Konflikt.

Paris, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Seit Jahren dauert der Konflikt zwischen dem Personal und dem Aufsichtsrat der „Batterie Duprié“ (Arbeiter-Glasfabrik), eine Produktionsgenossenschaft, die vor einem Vierteljahrhundert durch Sammlungen errichtet wurde, um die gemahregelten Glasarbeiter im Wahlkreis von Jaurès vor der Fache eines übermächtigen und reaktionären Kapitals zu schützen. Das Unternehmen, das unter unglücklichen Rufen und Opfern der Glasarbeiter gebaut wurde, entwickelte sich in der Folge ausgezeichnet und beschäftigte zuletzt 1000 Personen. Die fortgesetzten Konflikte der letzten Jahre führten zu Streiks, zur gewaltsamen Besetzung des Betriebs durch die Streikenden, zur Vertreibung der Betriebsleitung und Uebernahme der Leitung durch das Personal. Als der Aufsichtsrat einen Gerichtsbeschluß erzwang, der die Räumung des Betriebes durch die Streikenden anordnete, und als dieser Beschluß mit Waffengewalt durchgeführt werden sollte, wurde das Unternehmen von den Streikenden in Brand gesteckt. Der gerichtliche Schaden war erheblich, eine Anzahl Arbeiter wurde gerichtlich verfolgt.

Um den Aufsichtsrat zu zwingen, sich mit dem Personal zu verständigen und die gerichtlichen Klagen zurückzuziehen, hat der frühere langjährige leitende Ingenieur Spinetta vor einer Woche einen Hungerstreik begonnen. Alle Verhandlungsversuche sind bisher erfolglos geblieben, und da das Leben des bereits über eine Woche hungernden Ingenieurs, dessen Initiative ein Kommuniqué des Aufsichtsrats als pathologisch bezeichnet, ernstlich gefährliche Formen anzunehmen. Deshalb hat nunmehr das Exekutivkomitee des Gewerkschaftsbundes beschlossen, zu intervenieren und beide Parteien zu Verhandlungen einzuladen. Es hat zu gleicher Zeit an Spinetta ein Telegramm gerichtet, in dem es seinem Opfermute Anerkennung zollt und ihn bittet, im Interesse der Arbeiterschaft selbst der zwecklosen Demonstration ein Ende zu machen.

Die eigentliche Ursache der fortgesetzten Konflikte dürfte in der Tatsache zu suchen sein, daß das Personal ohne jedes Mitbestimmungsrecht im Betrieb ist, der Verwaltungsrat seinerseits recht autoritär verfährt.

Wachdruck! Der Fraktionsvorstand tritt heute noch der Ausschlus (6 Uhr) zu einer einvernehmlichen Sitzung zusammen. J. U.: Otto Fiebler.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Walter Salomon; Gewerkschaftsbewegung: J. Fiebler; Redaktion: Dr. John Salomon; Verlags- und Druckerei: Walter Salomon; Druck: Schmidt in Berlin. Berlin: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.

HEVITAN Nährpräparat nach Prof. Dr. Reyher
bewährt bei nervösen Störungen, Appetit- und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumsfördernd bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben in Apotheken und Drogerien, sonst direkt von der **Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.**

C Spittelmarkt Ecke Wallstraße Alexanderplatz nahe Aachinger Königstr. 55 gegenüber Rathaus
W Friedrich-Str. 193a Ecke Leipziger Str. Leipziger Str. 113 Ecke Mauern-Str. Linkstr. 1 Ecke Potsd. Str.
N Schönhauser Allee 81 am Bbl. Nordring Friedrich-Str. 106 Ecke Ziegel-Str. Invaliden-Str. 164 Ecke Brunnen-Str. Invaliden-Str. 117 am Stettiner Bahnhof Chaussee-Str. 72 nahe Müllersstr.
Frankfurter Allee 14 nahe Tietz

Es hilft Ihnen nichts,

Unjere heutigen Preise:
Rasierer mit und ohne Handfassung aus bestem Nidel R. 0.75 1.25 1.50 aus Gold-Doublé 2.- 3.- 4.- 6.- 8.- 12.- aus edlem 14 Karat Gold R. 15.- 18.- 24.- 40.- 48.-
 Brillen mit und ohne Handfassung: aus bestem Nidel R. 0.75 2.- 2.50 aus Gold-Doublé 4.- 8.- 10.- 12.- aus edlem 14 Karat Gold R. 40.- 48.- 56.-
Mod. Brillen mit Jelluloid-Rändern hell und dunkel: R. 2.75 4.- 8.- 10.- 12.-
Mod. Horn- u. Schildpatt- Brillen: R. 3.- 6.50 7.- 20.- 30.- 45.-
Gläser werden extra berechnet: Rathenower Bi-Gläser nur R. 1.- pro Paar Pantozil-Mentisten 3.-
• Reparaturen billigt und sofort. •



Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!
33 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Magdeburg, Essen, Basel u. Zürich; Fabriken in Rathenow-Neus Schlause u. Berlin.

NW Friedrich-Str. 150 Ecke Dorotheen-Str.
SW Belle-Alliance-Str. 4 nahe Jandorf
SO Oranien-Str. 44 zwischen Moritz- und Oranien-Platz
Charlottenburg: Taunizienstr. 15 Ecke Marburger Str.
Joachimsthaler Str. 2 nahe Bahnhof Zoo
Neukölln: Bergstr. 4 Ecke Zietenstraße
Friedenau: Rhein-Str. 18 Ecke Kirch-Str.
Schöneberg: Haupt-Str. 21 Ecke Akazienstraße
Wilmersdorf: Berliner Str. 132-33 nahe Ullrichstraße

Im Dienste der Menschheit.

Kürzlich hatte der Arbeiterkameraderbund Bezirk Berlin das Proletariat zu einer großen Geländeübung, die seine Hilfeleistung bei Unglücksfällen zeigen sollte, nach dem Hermsdorfer Fließ geladen. Es waren von der Leitung zwei Aufgaben gestellt: Rettung von Verunglückten bei einem Explosionsunglück und Hilfeleistung bei einem Brückeneinsturz.

Ein „Explosionsunglück“.

Im ersten Fall wurden die Samariter nach einer angenommenen Explosion alarmiert. Die Verunglückten lagen noch unter Sand und Steinen verschüttet; schnell kamen die Tragetrupps heran, behutsam wurden die Verletzten aus Schutt und Gerümpel befreit, schnell wurden die Arm- und Beinbrüche provisorisch gesichert und verbunden. Dann ging's zum Verbandplatz. Hier waren drei Zelte aufgestellt, eines für Operationen und zwei für Mannschaften. Tragen nahmen die Verunglückten auf, die von einem Teil der Kolonnen dargestellt wurden. Die Verbände wurden von den Ärzten, die die Rettung und Prüfung hatten, nachgesehen. Hier zeigte sich die gute Ausbildung und Geschicklichkeit des Arbeiterkameraders. Aus dem herumliegenden Material wie Schilf, Stroh und Heu, sowie zurechtgebrochenen Brettern waren Schienen und Verstärkungen hergestellt worden, die jetzt gewechselt wurden. Im Operationszelt befanden sich alle Hilfsmittel zur ersten Hilfe, denn nur für diese kommt der Arbeiterkamerader in Betracht; also Verbandpflaster, die nach der Bundesvorschrift jeder Samariter ständig bei sich tragen soll, auch zur Ansicht solche aus dem Ausland, wie Russland, England, Frankreich und Japan. Manche sind infolgedessen besonders glücklich zusammengestellt, als sie z. B. Doppelverbände enthalten, die für die Ein- und Ausschuhöffnung Verwendung finden können, manche, wie das japanische, haben sogar noch eine Jodlösung zur Desinfektion. Ferner standen da ein Operations- und Verbandtisch, ein Instrumententisch mit den wichtigsten und häufigsten von den Ärzten gebrauchten Instrumenten, wie dem Heister zum Öffnen der trampfhaft zusammengepreßten Zähne, Zungenzangen zum Hervorziehen der Zunge bei Kartotisieren oder Ertrunkenen, Arterienklemmen zur Blutstillung und noch viele andere Instrumente, deren Aufzählung zu weit führen würde. Aber ein Gegenstand, ein Zungenhalter, den ein Genosse erkunden hat, verdient Erwähnung, da sich seiner die Großindustrie bemächtigt haben soll, weil der Genosse kein Geld hatte, seine Erfindung zum Patent anzumelden. Dieser wirklich praktische Zungenhalter besteht aus einem Doppelband, das am Hinterkopf befestigt wird; die herausgezogene Zunge saugt sich an einer porösen Masse, Lefa genannt, fest und kann deshalb bei einem Bemühnlosen nicht mehr nach hinten in den Rachen fallen, um die Luftströme zu versperren. Aber auch andere Erfindungen und Verbesserungen haben die Arbeiterkamerader schon gemacht, die wie so Vieles, das vom Proletariat stammt, nachher stillschweigend vom Bürgertum ausgebeutet wird.

Ein „Brückeneinsturz“.

Inzwischen waren die Arbeiterkamerader zu der Übung zur Rettung von Ertrunkenen angetreten. Diese fand an einem kleinen Fließchen statt. Ein Teil der Mitglieder kämpften als „Ertrinkende“ mit der Welle. Auf die Nachricht „Brückeneinsturz, Menschenleben in Gefahr“ stürzten sich die Rettungsschwimmer ins Wasser. Jeder ergriff den ihm am nächsten befindlichen Ertrinkenden und legte ihn sich halb über den Rücken, indem er darauf achtete, daß der Kopf über Wasser blieb. An Land wurde sofort eine Säuberung des Gesichtes, besonders des Mundes und der Nase von Schmutz und Schlamm vorgenommen. Dann wurde die künstliche Atmung bei den Besoffenen angelehrt. Diese Wiederbelebungsvorrichtung wurden noch unterstützt durch einen Sauerstoffapparat, der im Besitz der Kolonne ist. Nachdem die Halbtoten wieder zum Bewußtsein gekommen waren, wurden sie zum Verbandplatz gebracht. Hier wurde noch ein kurzes Examen abgehalten über die erste Hilfe in solchen Fällen und dann fand eine Kritik durch den Vorsitzenden des ASB. Bezirk Berlin statt, dessen Lob über die wohlgeleitete Übung allseitige Zustimmung bei den zahlreichem Zuschauern fand.

Die Arbeit der „Arbeiterkamerader“.

Dieser Arbeiterkameraderbund, dessen Übungen wir hier verfolgten, ist eine ureigene Schöpfung des Proletariats. Er ist ohne jede fremde Unterstützung unter großen Opfern von den Mitgliedern zu einer proletarischen Organisation aufgeblüht, die sich über ganz

Deutschland erstreckt. Aus Beiträgen von 5 und 10 Pfennig, erklärte mir der Leiter, wurden die Zelte, Tragbahnen und Instrumente angeschafft. Es ist eine wirklich sozialistische, d. h. demokratische Vereinigung, deren Leiter und Führer aus Wahlen hervorgehen und denen die Genossen in selbstgewollter Disziplin gehorchen; und er wird nicht, wie das Rote Kreuz, von einer hochfeudalen Bundesleitung, die unnahbar über den wirklich arbeitenden Samaritern als ein Symbol der bürgerlichen Klassengesellschaft thronet, geführt und geleitet. Hier gibt es kein Stillstehen und zu Befehl wie bei den „Preußen“, die nachzuahmen sich das Rote Kreuz sehr angelegen sein läßt. Dies merken jetzt auch viele Proletarier, die nach dem „Roten Kreuz“ angehören; und sie treten deshalb zu der Organisation über, die, aus dem Proletariat stammend, für das Proletariat arbeitet. Für den Arbeiterkamerader gibt es im Dienst keine Unterschiede der



Partei. Er lieh deshalb bei Straßenkämpfen keine Hilfe auch den verwundeten Wehrgeordneten zuteil werden, eine Selbstverständlichkeit, die vom „proletarischen Gesundheitsdienst“ strikte abgelehnt wird. Praktisch betätigt sich der Arbeiterkamerader durch Stellung und Besetzung von Rettungswachen bei großen Demonstrationen, Sportfesten usw. Besonders in den proletarischen Außenvierteln ist er sehr rege. Hier hält er wöchentlich mit dem „Roten Kreuz“, mit dem er ein Zusammenarbeiten im Interesse des Proletariats nicht ablehnt, Wache auf den großen Spielplätzen. Wenn der Arbeiter nach Fabrik- oder Schulheimkehr, oder seinen kleinen Garten bebaut, zieht der Arbeiterkamerader auf freiwillige Wache. Für große Unglücksfälle hat jede Abteilung ihren Sammelplatz und kann dann beim Erklären der Alarmbereitschaft dabeistehend versammelt gehalten werden. Aber auch im Betriebe selbst sind vom Arbeiterkamerader große Aufgaben zu erfüllen. Niedergedrückt durch schlechten Lohn und mangelhafte Ernährung, immer das Geipens der Arbeitslosigkeit vor Augen, ist das Proletariat in den Fabriken so apathisch geworden, daß es nicht einmal mehr auf die wichtigsten vorgeschriebenen Einrichtungen zur ersten Hilfe achtet. Denn in der Zeit der Einschränkung und des Abbaues hatte der Unternehmer es leicht, Arbeiter, die mit klarem Blick die Mängel auf dem Gebiet der Betriebssicherheit sehen und für deren Abstellung Sorge tragen wollen, zu entlassen. Um der Arbeiterkamerader keine Gelegenheit zu geben, sich über die ungesunden Verhältnisse der Betriebe zu informieren, lehnten es die Betriebsgenossenschaften, die identisch sind in ihren Anschauungen mit den Arbeitgeberverbänden auf wirtschaftlichem Gebiet, ab, daß Arbeiterkamerader als Vertreter der Arbeitnehmer zu Gewerbeinspektionen herangezogen werden. Es dürfen deshalb nur Leute vom Roten Kreuz, die noch unter dem Protektorat von Fürsten a. D. und ehemaligen kaiserlichen Erbsenen stehen, in den kapitalistischen Großbetrieben über das leibliche Wohl des Proletariats wachen. Aber auch zu den anderen praktischen Arbeiten mäßten die Arbeiterkamerader herangezogen werden. Es ist ein offenes Geheimnis, daß es

große Betriebe gibt, in denen keine ausgebildeten Samariter für die erste Hilfe vorhanden sind, wodurch die Folgen mancher Unglücksfälle verschlimmert werden. Hier wäre durch planmäßige Verteilung von Arbeiterkameradern der gleichen Berufsgattung über die einzelnen Betriebe noch manches Erprießliche zu leisten.

Die erste Aufgabe des erwachenden Proletariats ist es, seine Organisation, die aus eigener Kraft durch die Klassengenossen geschaffen wurde, zu unterstützen, durch Propaganda und Geld, das in der kapitalistischen Welt nicht zu erbeuten ist. Ganz besonders aber sollen diese Zeiten den Proletariern zu denken geben, die noch im bürgerlichen Roten Kreuz sind, einer Wohlthatigkeitseinrichtung der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft. Darum, Proletarier, heraus aus dem Verein für Wohlthatigkeitstüferei und hinein in die Reihen des proletarischen Arbeiter-Kameraderbundes, der, zure Kreise umfassend, am besten weiß, was euch nur tut, denn die Arbeiterklasse kann sich nur durch sich selbst befreien. Dr. R. M.

Helle Kleider.

Das sind bis jetzt Ferientage, die zu loben sind. Fährt auch mal ein Donnerwetter dazwischen; bald ist der Aufruhr wieder befristet und — die Hauptsache! — die Bitterung ist warm geblieben; nichts von den Ankerufen aus Sommerfrischen und Bädern, wo oft genug die erhoffungshungrige Menschheit für ihr schweres Geld Kälte und Unbehagen im Austausch erhält.

Und für die Zurückgebliebenen und erst später Reisenden ist's auch besser, inzwischen etwas heimische Luft bei Sonnenschein als bei Regen zu genießen. Landstraßen und Waldwege sind denn auch von Ausflüglern und Spaziergängern belebt und die Sonne gibt ihren Segen. Das helle Kleid triumphiert. Wie anders sieht die Straße, das Feld, der Wald aus, wenn die leuchtenden Gewänder unserer Mädchen und Frauen auf und in ihnen sichtbar werden. Farbenreize in Weiß, Blau, Rot, Grün — ein Feiertag hat sich vor uns aufgetan, ein Sommerstraum. Was der Süden alle Tage hat, die leuchtende Farbenwelt unter den brennenden Strahlen der Sonne, ist bei uns doch eigentlich nur Ausnahmezustand. Welche schlechten Wize werden gerissen, wenn die jungen Mädchen beim ersten Sonnenblick allzu zuversichtlich sich mit dem hellen Kleid, dem Waschkleid oder der „seidenen Fahne“ schmücken und dann von dem Regen mißhandelt, vom Sturm zerzaust, vom aufspritzenden Schmutz der Wege bedudelt, fröstelnd auf dem Bahnhof anlangen, non wo sie der Zug nach dem schmerzlich erworbenen Heim bringen soll. Das ist — leider! — beinahe die Regel; wir erinnern uns nur eines Sommers, wo jeder Sonntag ein Sonntagtag war...

Große Menschen in fröhlichen Kleidern — kann es etwas Anmutigeres geben? Während sonst jede Versammlung der Menschen bei uns, infolge des Ueberwiegens der dunklen Kleidung, wie eine Trauergemeinde aussieht, ist jetzt der Festcharakter betont. Male-richtige Bilder gibt es in Hülle und Fülle zu sehen — schade, daß unsere Künstler sich so wenig damit abgeben, derlei Massenfiguren farblich festzuhalten. Die Wiederweierzeit hatte mehr Sinn für das naive Volksleben, das freilich noch nicht solche Dimensionen wie heute angenommen hatte. Im Kino- und Radiogeitalter kann freilich für liebevolle Verfertigung in das fröhliche Treiben inmitten der prägenden Sommernatur keine rechte Stimmung aufgebracht werden. Man feiert die Feste, wie sie fallen: ob Regen, Sturm oder Sonnenschein. Argendwo ist immer „was los“ — entweder im dunstigen Tanzloal oder auf grüner Heide. Aber schön ist es doch, wenn die Erholung sich unter dem Symbol des hellen Kleides abspielen darf.

Kabarett, Schaubuden und Polizei.

Seit einiger Zeit beobachtet die Polizei, daß in gewissen Kabarett- und in Schaubuden auf Kummelplätzen Vorführungen geboten werden, die sich mit den Gesichtspunkten des Rotgesetzes nicht vertragen und in der Reichshauptstadt nicht geduldet werden können. Offenbar sind einige Unternehmer bestrebt, angesichts der wirtschaftlichen Lage billige, besonders zugkräftige Sensationen zu bieten. Obwohl die Polizei erst vor kurzem das Kabarett „Baprifa“, einige Kummelplatz-Schaubuden und geheime Nachtlokale hat schließen müssen, mußten neuerdings Raktbarstellungen im Kabarett „Weiße Maus“ unterjagt und wieder einige Schaubuden geschlossen werden. Auch

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rakfa.

Sie lief in ihr Zimmer, rief nach Bianca. Und dann erfuhr sie zum ersten Male, daß Bianca geschwächt, daß sie einem Fremden von der Liebe ihrer Herrin erzählt hatte.

Dennoch — die kleine Jose hatte recht: niemals von diesem Briefe sprechen. Jetzt verbot es ihr der schmerzende Haß. Sisto sollte es niemals erfahren, daß sie auf einen leisen, oagen Ruf hin alles verlassen hatte, auch ihre Ehre, nur um ihn zu sehen.

Es war immer noch früh genug, zu reden, wenn der Schurke, der sie damals fortgelockt hatte, auch noch verriet.

Man mußte, mußte ihn fangen! Er sollte ihr Genugtuung geben, Genugtuung auch für die Schmach, mit der Sisto sie beladen hatte. Die andern, ach, die andern, das wäre nichts gewesen. Sisto hätte glauben müssen! Er konnte sie aus diesem Knäuel von Bosheit retten, mit sich fortnehmen. Doch er stand auf der Seite derer, die sie in den Schmutz zerrien.

Und doch — wie konnte es nur sein? Das war ja wie Zauberei! Sie hatte niemanden gesehen als die alte Frau und die Jose.

Sie nahm alle Gedanken scharf zusammen. Da lehrte ein Bild zurück. War nicht so etwas wie ein Schatten um den Latenzauz gestrichen, hatte lange stillgestanden, während die Alte erzählte? Damals dachte sie, es wäre irgendein Angestellter, der die Geschichten der Frau mit anhören wollte. Sie hatte ihn nicht weiter beachtet.

Das konnte ja ein Mann sein, der sie betrachtet, die ganze Zeit über vielleicht heimlich belauert hatte.

Es lief ihr kalt über die Haut.

Sie hatte damals so fest, so gut geschlafen. Vielleicht war er gar in ihrem Zimmer gewesen, hatte sich über ihr Bett gebeugt!

Es war also doch so, wie Monsignore Casapi und die Marchesa Ferrari sagten: weder der Prinz noch Sisto hatten ihre Hand im Spiele gehabt.

Dies war Schlechtigkeit oder Zauberei, und beides wollte sie nicht wissen. Was sollte sie auch fürchten, nun Sisto ihr verloren war?

Sie rüttelte ungeduldig an der Tür des Prinzen.

Alles blieb still. „Er steckt im Kleiderschrank“, dachte sie wütend, „hält sich die Augen zu, dieses eine Mal, wo er wie ein Mann für mich eintreten und handeln soll.“

Sie holte die Prinzessin Beatrice, die wie ausgehöhlt auf einer Bank saß; Casapi, der mit frommen Schritten, in seinem Erbauungsbuch lesend, über den Gang schlich.

Sie nahm ihn am Arm und schüttelte ihn wie einen Pflaumenbaum. Es fiel aber nichts Bescheitertes herunter; der gefahnte, weltabgewandte Mann war wie ein sterbender Fisch.

Schließlich brachte Livia ihn mit dem Feuer ihrer Leidenschaft wieder zum Leben. Er mußte mitfahren, sofort, müsse den Prinzen holen, kein Gott und kein heiliger könne ihm helfen, hier hiesse es handeln, zugreifen.

Alle seine sanften Gebärden schob sie zur Seite, sie zog ihn einfach mit fort.

Als sie nahe der Tür des Prinzen waren, öffnete sie sich, und der alte Mann schlüpfte heraus. Er trug irgendeinen Mantel und ein Barett aus seiner oder seiner Ahnen Jugendzeit.

Nur fort — unkenntlich werden und fort aus Rom. Livia aber war wie eine Flamme hinter ihm her.

Sie erhaschte ihn, brachte ihn zurück, riß die Fäden von ihm herunter — und nun das Del von Casapis Rede auf den Prinzen niedertraufelte, erholte er sich langsam und tat wie eine Marionette, was man von ihm verlangte.

Und Livia wollte! Sie war ganz Willen.

Nach kurzer Zeit saßen sie im geschlossenen Wagen und fuhren zu Fratelli.

Der vornehme Diener neigte sich wohl bis zur Erde, als sie kamen. Er geleitete sie sofort in den Hof.

Oh, das war nichts Neues! Wie ein Pilgerzug war man in diesen Logen in den Hof hinein zur Venus gewandert.

Und Fratelli blähte sich. Vergessen war alles, was er über den niederträchtigsten Künstler gejagt hatte. Dies war ein Ereignis.

„Das Becken ist leider zu klein, und das Schiff paßt nicht“, sagte der kühn und selbständig gewordene Diener, „aber unsere Venus ist wundervoll. Man mußte unsere Klingel festbinden! Ganz Rom rennt herbei, um sie zu sehen.“

Dem Prinzen schwindelte.

Fratelli, der kaum aus dem Hause ging — ganz Rom kam ja zu ihm! — eilte ihm glänzend vor Banne entgegen.

Wie aber wurde ihm zumute, als er Livias Antlitz sah! Bei Gott, das war ja seine Venus! Das war jenes herrliche Weib, das dem Alten — nein, das irgendein junger unbekannter Künstler für sich gewonnen hatte.

Fiel nicht der Mond vom Himmel? So etwas kam in sein Haus! Wie hieß sie doch? Was sagte sein Leibdiener?

Prinzessin Livia di San Cataldo.

Eine Prinzessin! Gott bewahre! Gefegnetes alter Fuchs zu Palermo. Dreimal gefegnetes freches Straßenmüdel!

Fratelli fühlte deutlich, wie sein Herz erbebt.

Nun war ihm alles klar. Die kühlte Luft um ihn wimmelte von Erlebnissen.

Eines stand gleich bei ihm fest: seine Venusprinzessin gab er nicht her.

Wachten sie seine entzündete Nize haben, die ihren Fischschwanz ohnehin ziemlich nutzlos um eine entfernte Säule seines Hofes schlängelte; die Venus blieb feiny!

Der alte Prinz leuchte. Er nahm seine Kopfbedeckung ab, tastete ahnungslos über den Schädel. War es nun der Hirtelrei, war es die Erregung; die Talgdrüse war geplagt.

Und inmitten seiner Qual war es ihm dennoch eine gewisse Genugtuung, daß dieses Uebel ihn endlich verließ.

Livia, die vorwärts geeilt war, blieb stehen, als hielte Ehrfurcht sie zurück.

Die Venus war so berückend schön, daß Livia gar nicht an sich selbst denken konnte. Dann traten Tränen in ihre Augen. Weshalb nur all die Schmach und das tiefe Leid? Das da war Schönheit.

Fratelli verstand nichts von alledem. Er sah Tränen. Ja, sie mochte gut weinen. So sah die Kehrseite der Medaille aus. Erst ein windiger Künstler — sodann Reue.

Nun stand sie da in seinem Hofe: vornehm, unendlich vornehm, zugedüngt bis unters Kinn. Und andererseits? Man konnte nur sagen: aus dem Bade steigend. Uebrigens ein süperbes Weib.

Prüfend sah er zum Prinzen hinüber.

Allerdings — allerdings! Er nicht nachdrücklich. Sein Herz von Welt verstand. Er machte sogar eine zustimmende Verbeugung zur Prinzessin hin.

Da der Prinz wie vernagelt schwieg, sagte Livia sehr entschieden: „Herr Fratelli, ich denke, es ist wohl selbstverständlich, daß Sie dem Prinzen diese Statue verkaufen.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Spandauer Arbeiter-Turn- und Sportfest.

Die Arbeiterstadt Spandau hatte am Sonnabend und Sonntag große Tage. Die Arbeiter-Turner und Sportler hielten in der früheren Festungsstadt das 12. Turn- und Sportfest des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ab. Nicht nur Berlin, sondern die ganze Provinz Brandenburg sandte Männer, Frauen und Jugendliche in ungezählten Scharen nach dem Festort. Schon am Sonnabend vormittag, ja bereits am Freitag führten so ziemlich alle Arten von Verkehrsmitteln die Festteilnehmer in immer neuen Mengen heran. Im Hauptbahnhof grüßen Ehrenpartien, Tannen- und Eichenränder. Die freien Ruderer und Kanufahrer waren zu Wasser in die Havelstadt gekommen und einige Gruppen Wanderzüge sollen zu Fuß von weiter nach Spandau gekommen sein. Das Begrüßen, Empfangen, das Wegweisen und Quartiermachen nahm keine Ruhe. Schon von weitem grüßen vom Rathhause aus mächtige schwarzrotgoldene Fahnen, und teilweise waren die Häuser besetzt, je nach der politischen und sportlichen Einstellung der Bewohner. Dazwischen sah man das leuchtende Rot der Parteifahnen. Ueber die Straßen schaukelten Girlanden mit Willkommens- und „Frei-Heil“-Grüßen. Eine nicht geringe Anzahl Geschäfte hatten ihre Schaufenster in den Dienst der Propaganda gestellt und hatten die künstlerischen Plakate des Festes mit dem jahreschwingenden Turner zwischen wunderschönen Blumenschmuck gebettet. Unser Bruderorgan, das „Volksblatt für Spandau und das Havelland“, hatte seine Hausfront mit Fahnen und Sprüchen reich behangen und stellte seine Sonnabendausgabe fast ausschließlich in den Dienst des Festes, ja es ließ sogar Tausende von Exemplaren unter den Teilnehmern gratis verteilen. — In den frühen Nachmittagsstunden begannen schon auf dem Spandauer Stadion, in der Landbesturnanstalt und auf den Fußballplätzen die Vorläufe der Wettkämpfe.

Während im Stadion die männlichen Turner und Leichtathleten ihre Künste zeigten, turnten, liefen und sprangen in der Staatlichen Turnanstalt die Turnerinnen und Jugendlichen. Auf den Fußballplätzen spielten die verschiedensten Vereine. Außerst interessant waren die Vorführungen der Schwimmer an der alten Charlottenbrücke. In den Abendstunden fanden in fünf Lokalen Begrüßungsfeiern für die auswärtigen Vereine statt. Den Höhepunkt des Festes brachte die prächtigste Sommerfeier der Festzug am Sonntagmittag. Berlin ist historischer Boden für große Festzüge und Demonstrationen der Arbeiterklasse, aber diese Demonstration eines Teiles der Arbeiterbewegung stellt selbst für unsere Verhältnisse etwas Unvergleichliches dar. Über die Stadt gingen die Züge, umfäumt, ja stellenweise direkt eingegrenzt von dem Spalier der zuschauenden Bevölkerung. Hier in Spandau, wo sonst nur Soldatenkolonnen die Straßen durchzogen, brodeten die Arbeiterturner eine Demonstration für ihre Sache die der Befreiung von Kadavergehorsam und Kasernierung des Geistes dient. In zwei gewaltigen Zügen marschierten an die Zehntausend Festteilnehmer unter Borantritt vieler Musik- und Tambourkorps und unter Mitführung unzähliger Fahnen und Banner ins Stadion. Der Aufmarsch, der fast eine halbe Stunde dauerte, brachte den Zuschauern ein überwältigendes Bild, in dem sich Massen auf Massen mit Schönheit paarte. Als die Spigenmusikkapelle den Marschschritt leitete, gefolgt von den Radfahrern in ihrer schmutzen Tracht, brauste ein tausendköpfiges „Frei Heil!“ den Anwesenden entgegen. Die Rathenower Kadler brachten eine große Welle in ihrer Abstellung als Wahrzeichen ihrer heimatischen Industrie mit. Die Turner und Turnerinnen im weißen Trikot und weißer Hose folgten. Jede Abteilung der Berliner hatte ihr Banner, ihre Fahne. Die auswärtigen Vereine waren durch Plakatträger kenntlich gemacht, und man erstaunte, in welchen kleinen und kleinsten Orten der Mark Brandenburg Arbeiterturnvereine bestehen. Sportvereine, meist ihre Vereinsabzeichen auf dem weißen oder farbigen Trikot genäh, folgten in stattlicher Zahl. Der Ruderklub „Vorwärts“ war vollständig erschienen und die freien Kanufahrer trugen ihre Rudergewichte geschultert im Juge mit. Die größte Farbenpracht leisteten sich die Fußballvereine. Sie sind durch die Natur ihres Sportes zur größtmöglichen Unterscheidung ihrer Mannschaften gezwungen. Und immer neue Musikkapellen und immer neue Festteilnehmer füllten den Riesenplatz des Stadions, bis endlich der Aufmarsch beendet war und der Vorsitzende des 1. Kreises, Lieske, seine Begrüßungsansprache halten konnte. Er begrüßte die Bundesvertreter, die Bruderverbände; er dankte der Spandauer und Berliner Arbeiterklasse für ihre gewaltige Anteilnahme. Er begrüßte die insofern wirtschaftlicher Bedrängnis Richterchienenen und die Gesamtarbeiterklasse Deutschlands. Er rief sie auf, mit den Arbeiterturnern gemeinsam daran zu arbeiten, die Schäden der Knechtseigenschaft aus den Hirnen zu hämmern und das Sonnenland der Freiheit zu erobern. „Die Arbeitssportler haben genug von der nationalstaatlichen Agitation der bürgerlichen Vereine; das Scheinbild Spiel gilt der Befreiung der Arbeiterklasse. Heraus aus den bürgerlichen Sportvereinen, ein „Frei Heil!“ dem Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbunde!“ Im Namen des Bundesparlamentes überbrachte Kreuzburg Grüße. Er erinnerte daran, daß gerade der festgebende 1. Kreis der Grundstock des Bundes war. Genosse Münzinger überbrachte den Willkommensgruß der Spandauer freien Arbeiterklasse. Dieser Festzug wird der Reaktion zeigen, daß auch die freien Arbeiterturner da sind, wenn es gilt, die Republik zu verteidigen, schlägt er seine, mit Begeisterung aufgenommene Rede. — Kraftvoll erscholl der Chor „Empor zum Licht“ zu den Aufmarschierenden hinüber, die mit dem gemeinsamen Gesang ihres Bundesliedes freudig antworteten. Und kaum waren nach einigen kurzen Kommandos die letzten Turner vom Platz verschwunden, nahmen auch schon mit gewollter Pünktlichkeit die Wettkämpfe ihren Anfang. —

Am Sonnabend.

Seit dem frühen Morgen bereits waren die vielen Komitees tätig, um die letzten Vorbereitungen für das imposanteste aller bisherigen Feste zu treffen. In den Bahnhofen Spandau-West und Hauptbahnhof wurden die in den Mittagsstunden eintreffenden Wettkämpfer und Kampfrichter vom Empfangsausschuß begrüßt. Vor dem Bahnhof wehen von großen Massen die weingroten Turnerkolonnen. Vom Rathaus und anderen anständigen Gebäuden grüßen die Fahnen der Republik Schwarz-Rot-Gold. Mit frohem Sang ziehen die Wettkämpfer zum Stadion, um auf grünem Rasen die Vorläufe abzuhalten, die Turnerinnen und Jugendlichen eilen zur Preußischen Landbesturnanstalt, die bereitwillig von den Behörden zur Verfügung gestellt wurde, um in den dortigen Turnhallen und auf dem Sportplatz die ersten Proben ihres Könnens abzulegen. Das Spandauer Stadion ist 1919 durch Rotstandsarbeiten entstanden, die 500-m-Laufbahn ist an der Innenfläche sehr weich, so daß die Resultate stark behindert werden. Leider war

auch nur eine Brause vorhanden. Spandau kann trotz der noch vorhandenen Mängel auf sein Stadion stolz sein, für ein Kreisfest von Zehntausenden erwies es sich aber, besonders wegen der unzureichenden Unterkunftsräume, als unzulänglich. Alles hofft, daß am Sonntag bei dem zu erwartenden Massenandrang keine Regengüsse eintreten, da keine Möglichkeit besteht, innerhalb des Stadions Schutz zu gewähren. Am Sonnabend waren noch wenig Zuschauer im Stadion, desto mehr aber bei den Schwimmern an der Charlottenbrücke. Die Wettkämpfe gehen flott von statten, einmal durch einen kurzen, aber kräftigen Regen unterbrochen. Dann sammeln sich die Turner und Sportler sowie die Spandauer Arbeiterklasse zu den Empfangsabenden in fünf Lokalen.

Die Empfangsabende

boten in den Gärten und Sälen ein abwechslungsreiches Programm, das alle Anwesenden in fröhlichster Stimmung zusammenhielt. Ein arger Miston kam leider durch die kommunistischen Festredner in die Veranstaltung. Besonders der Kreisvorsitzende Lieske, aber auch der Vorsitzende des Arbeiterportariats, Döhlischlaeger, und der ehemalige Vorsitzende von Fichte, Koch, benutzten die Gelegenheit zu Angriffen auf die SPD, und die sozialistische Presse. Als Lieske behauptete, die Faschisten und der „Vorwärts“ sowie das Spandauer Parteiblatt hätten das Kreisfest bekämpft, ging den sozialdemokratischen Turnern, die sich bisher leider fast alles von den Kommunisten gefallen ließen, die Geduld aus. Stürmischer Widerspruch unterbrach den Redner, und die Mitreden von allen Seiten dürsten dem Redner und seinen Genossen gezeigt haben, daß diese Herge nicht mehr geduldet wird. Einmütig war die Stimmung, daß nunmehr unbedingt ein Zusammenschluß der sozialdemokratischen Turner erfolgen muß, wenn der Arbeitssport nicht in Mißkredit bei der gesamten Arbeiterklasse kommen soll. Alles Nähere wird noch im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Das Hauptfest am Sonntag.

Am Sonntag früh sollte bereits um 5 Uhr das große Wecken durch die Tambourkorps erfolgen. Die Behörde war aber der Meinung, daß das Sonntagsschlächen auch bei einem Kreisfest mindestens bis 6 Uhr dauern müsse, und so fügten sich denn die Turner und Sportler, indem sie etwas länger der Ruhe pflegten. Mit frohem Sang marschierten die Wettkämpfer sodann zum Stadion, wo nunmehr die noch nicht erledigten Vorkämpfe vor sich gingen. Dann folgten die

Wettkämpfe der Musterriege.

Den 1. Rang erzielte die Barrenriege Groß-Berlin mit einer ziemlich schwierigen Liebungsgruppe, bei den Turnerinnen siegte Reußlin-Brieg, bei den Ruderturnern Groß-Berlin. Viel Beachtung fand die Musterriege der Turnerinnen aus der Bundeschule. Allgemein ist das Geräterturnen noch nicht wieder auf voller Höhe. Wie groß die Bestrebungen auf Hebung des Kunstturnens sind, zeigen die großen Vorbereitungen des

Vereineturnen

nach süddeutschem Muster. Ein stottertes Bild bot Weihenstephan mit kurzen Liegungen an 4 Pferden. Die härtesten Riegen stellt Groß-Berlin, 48 Turnerinnen an 4 Pferden, 40 Männer an 5 Doppelgeräten Pferd-Barren, wobei besonders die Turnerinnen gute Wirkung erzielten. Fichte turnte an 3 Reeds. Dem Vereineturnen sollte die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil es der beste Maßstab für die organisatorische und technische Leistungsfähigkeit der Turner und Mitglieder der Vereine ist. Gemertelt wird die Zahl der Mitwirkenden und die Qualität der Ausführung. Kaum war das Vereineturnen zu Ende, so sammelten sich die Turner und Sportler zu den beiden großen Festzügen.

Um 12 1/2 Uhr ist der Abmarsch von den Stellplätzen, Musikkapellen und Tambourkorps liegen abwechselnd ihre Weisen ertönen. In den Straßen bildet die Bevölkerung dichtes Spalier. Frei-Heil-Rufe ertönen auf die Spandauer Gastgeber und den Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am Hasenpflanz trafen die beiden Festzüge zusammen, und nun bot sich ein Bild machtvoller Schönheit, in endlosem Zuge die weißgekleideten Sportler, belebt durch die vielen Fahnen und Schilde, und zu beiden Seiten dicht gedrängt allein an dieser Stelle diese tausende Zuschauer, auf allen Gesichtern Freude und Begeisterung für diese gewaltige Demonstration im Interesse der Volksgesundheit. Vorweg in langem Zuge die Radfahrer, die auch aus Berlin, Rathenow usw. herbeigekommen sind, dann die Turner, Leichtathleten, Schwimmer, Kanufahrer, Fußballer, anschließend die Arbeiterjugend-Mitglieder, die Gesang- und sonstigen Arbeitervereine Spandaus; der Zug erschien fast ohne Ende, kein Vorbemerkung dauerte ziemlich eine Stunde. Nur die Ausschmückung der Häuser war zu gering, die Zahl der Fahnen und Willkommensgrüße war auf den früheren Festen weit größer.

Auf dem Festplatz.

Etwas um 1/2 Uhr beginnt der Einmarsch in das Stadion. Dicht gedrängt umrahmen schon die Zuschauer den weiten Platz, und immer neue Massen strömen herbei. Das Wetter ist prächtig, die Sonne scheint mit voller Macht und erzeugt manche Schweißtropfen. Vom grünen Rasen heben sich mairisch die weißen Gesichter der Turner ab, die bunten Jerseys der Fußballer beleben das Bild vorzüglich. Dann kamen die

Festsprachen.

Als erster begrüßte der Kreisvertreter Lieske alle Erschienenen und dankte der Spandauer Arbeiterklasse für ihre Unterstützung. Er rief auf zum Kampf für das Sonnenland der Zukunft, das auch der Arbeitssport gleiche Freude und Anteilnahme an den Kulturkämpfen wie den Bestrebungen schaffen soll. Daß keine Mühen, wie am Abend vorher, in der Rede ertönen, wurde angenehm empfunden und man freute sich der erzieherischen Wirkung des Empfangsabends. — Im Namen des Bundes begrüßte Redakteur Kreuzburg die Erschienenen und ermahnte zum Aufbau des durch den Krieg und seine Folgen Verlorenen. Beipzig bot im Vorjahre den Luftsturz mit seinen 120000 Turnern und Sportlern. Im nächsten Jahre soll das Fest in Frankfurt a. M. die ganze Kraft und Stärke unserer Internationalen zum ersten Male der Öffentlichkeit zeigen. — Dann überbringt Stadtrat Genosse Münzinger die Grüße der Stadt und der Spandauer Arbeiterklasse. Heute ist ein Fest der Arbeiterbataillone, das werdend sein mag für die noch fernstehende Arbeiterjugend. Er erinnerte an 1848 und die Turner von Rastatt, hoffend, daß die Arbeitssportler heute wie in Zukunft bereit stehen werden, die Republik, als besten Boden für den Arbeitssport, zu

verteidigen. — Dann schallte der Massengefang der Arbeiterfänger über den weiten Platz: Empor zum Licht! Es folgte das allgemeine Lied, und nachdem auf Kommando die Sportler im Einklang den grünen Rasen geräumt hatten, begann

Das Festprogramm des Nachmittags.

Den Anfang bildet das Rastballspiel Eiche-Röpenid gegen Fichte 22, und dann folgt der wirkungsvollste Teil des Festes, die Massenfreübungen der Turner und Turnerinnen nach Musik.

Zunächst marschieren 1000 Turner ein und waren schnell auf dem Platz aufgestellt. Im Rhythmus der Musik und mit guter Gleichmäßigkeit schwingen, stoßen, heben und senken sich die Körper und bieten ein Massenbild wohlwunder Völkultur, während die nackten Körper in der Sonnenglut erglänzen. — Auf ein Zeichen war der Platz schnell wieder geleert, und nun marschieren über 800 Turnerinnen zu rhythmisch-gymnastischen Freübungen auf. Die wechselläufigen Formen passen sich dem Rhythmus der Musik noch schöner an wie bei den Männern. Die weibliche Jugend ist in ihrem Element. Sie arbeitet ihren Körper durch wie bei einem idealisierten Tanz, fröhlich in Licht, Luft und Sonne. Ruh hieraus nicht ein gefährliches Volk erwachsen? Noch vor einigen Jahrzehnten war diese weibliche Gymnastik als „unweiblich“ und „unsittlich“ verpönt. Es ist doch gut, daß sich die Zeiten ändern!

Leichtathletischen Endkämpfe.

Sie nahmen nach den Vorkämpfen vom Sonnabend und Sonntag vormittag einen guten Verlauf. Trotzdem nicht alle gemeldeten Teilnehmer antraten, waren die Felder in allen Klassen fast besetzt. Im Hochspringen der Männer wurde 1,70 m überprungen, während die Jugendlichen es bis zu 1,57 brachten. Im Weitsprung wurden 6,02 m erreicht. Das größte Interesse brachten die Zuschauer den verschiedenen Stafetten entgegen. In der 5x100-m-Stafette lieferten sich Lichtenrade und Scherlendorf einen äußerst spannenden Kampf, den Lichtenrade für sich entscheiden konnte. Die 5x100-m-Stafette der Sportler konnte AEG in 58,8 Sekunden durchlaufen, wurde aber wegen Ueberschreiten der Wechselmarke distanziert und somit rückte Fichte 21 mit 59,4 Sekunden an erster Stelle. Bei den älteren Sportlern übernahmen in der 4x100-m-Stafette Reußlin die Führung, mußten sie aber an Sparta wieder abgeben, die mit 3 m Vorsprung das Ziel passierten. Die olympische Stafette der Männer konnte im 1. Lauf Schönow und im 2. Lauf Fichte für sich entscheiden. In dem 100-m-Einzelrennen durchlief die 1. Läuferin mit 14 Sekunden das Zielband, während bei den Männern 11,8 Sekunden erreicht wurden.

Sondervorführungen.

zu sehen, so daß die Augen nicht zur Ruhe kamen. Reußlin-Brieg zeigte Kunstfreübungen, die Radfahrer zwei Kunstreiten, die Turnerinnen von Fichte zeigten ein Rastturnen an 10 Barren, 60 Turnerinnen vom 2. Bezirk ein Stabschwingen nach Musik, und dann trat die freie Turnerschaft Groß-Berlin noch einmal mit einem großen Rastturnen an, das nicht nur durch seine Leistungen, sondern auch durch die Masse guten Eindruck machte. Verschiedene Wettkämpfe bildeten den Schluß des Tages. Das Fußballwettkampf zweier Auswahlmannschaften fand wie immer besonderes Interesse, endete jedoch mit einem Unentschieden.

Ein herrlicher Propagandatag für den Arbeitssport war zu Ende gegangen. Nun sehnte das erfrischende Bad, denn die Sonnenglut des Tages hatte eine starke Staubentwicklung zur Folge, die nicht nur die Sportler, sondern auch die Zuschauer mit in Kauf nehmen mußten. Der Staub der Eisenbahnen und Wege färbte die geschwizten Körper schwärzlich. Das vorhandene Wasser wie die eine Brause reichten nicht im entferntesten aus. Und so ist es unser Wunsch an alle Genossen in den Verwaltungen der Kommunen, Staaten usw.: Sorgt mit aller Kraft dafür, daß auf jedem Sportplatz reichliche Badgelegenheit vorhanden ist. Wo die Sportplatzanlage nicht direkt an einem Gewässer erfolgen kann, muß wenigstens für genügende Brunnen und Brausen gesorgt werden. Und treibt selbst Sport, damit ihr aus eigener Kenntnis der Jugend helfen könnt!

Für interessierte Kreise wird ein reich illustrierter Festbericht herausgegeben und sind Bestellungen an das Sporthaus Fichte, Berlin SO., Köpenicker Str. 108, zu richten.

Resultate der Wettkämpfe.

Geräte-Zehntausend. Jugend (Kadetten). 1. Axel Engob-Rastlän 1534, 2. Bernhard Semmler-Fahle 150, 3. Walter Krause-Fahle 144, 4. Fritz Schulz-Fichte 1143, 5. Axel Reich-Fahle 1335 Punkte. — **Stabschwingen.** Jugend (Kadetten). 1. Axel Reich-Fahle 245, 2. Axel Engob-Rastlän 231, 3. Werner Brand-Fichte 220, 4. Bruno Krause-Fichte 214, 5. Willi Wolenski-Fahle 213 Punkte. — **Jugend (Mittelstufe).** 1. Franz Wille-Fahle 242, 2. Elio Wank-Fahle 238, 3. Hugo Brand-Fahle 232, 4. Gerhard Schütz-Fahle 225, 5. Kraft Schulz-Fahle 219 Punkte. — **Frei-Turnen.** Jugend 0,47, 1. Oscar-Fahle 339, 2. Hans-Fichte, 3. Wilmmer-Sparta 316, 4. Fichte-Fahle 313, 5. Ruppel-Fichte 295 Punkte. — **Leichtathletik.** 290 Punkte. — **Jugend 0,600.** 1. Rastlän-Fahle 408, 2. Rastlän-Fahle 367, 3. Bogemann-Fahle 363, 4. Rastlän-Fahle, Gerwin Oestrich-Fahle 343, 5. Udo Ziel-Charlottenburg 338 Punkte. — **Stabschwingen.** Turnerinnen. 1. Udo Ziel-Fichte 1240, 2. Marie Andrich-Fichte 4, Lucie Wille-Fahle-Groß-Berlin 236, 3. Jemara Kobermann-Groß-Berlin 234, 4. Martha Kier-Rastlän 228, 5. Udo Wille-Fahle-Rastlän, Luise Fichte-Fichte 226 Punkte. — **Frei-Turnen.** Turnerinnen. 1. Gertrud Wille-Fichte 243, 2. Martha Kober-Fichte 224, 3. Marie Wille-Fichte 222 Punkte. — **Reichturnen.** Turnerinnen. 1. Rastlän-Fahle 160, 2. Udo Ziel-Fichte 158, 3. Schmitz-Fichte 150, 4. Fichte-Fahle 148, 5. Gertrud-Fahle 146 Punkte. — **Frei-Turnen.** Kadette Sportler, über 36 Jahre. 1. Albert Weidmann-Rastlän 432, 2. Paul Lehmann-Fichte 414, 3. Paul Bogel-Fahle 394, 4. Fichte-Fichte 370, 5. Willi Wank-Fahle 372 Punkte. — **Stabschwingen.** 1. Reinhold Schütz-Rastlän 402, 2. Fichte-Fichte 370, 3. Udo Ziel-Fichte 368, 4. Hermann Fichte 362, 5. Kraft Schulz-Fichte 346 Punkte. — **Stabschwingen.** Turnerinnen. 1. Rastlän-Fahle 236, 2. Gertrud Wille-Fichte 237, 3. Franz Wille-Fahle 236, 4. Karl Hermann-Fahle 235, 5. Gertrud Wille-Fahle 234 Punkte. — **Reichturnen.** Turnerinnen. 1. Rastlän-Fahle 47, 2. Willi Wank-Fahle 46, 3. Franz Wille-Fahle 45, 4. Gertrud Wille-Fahle 44, 5. Gertrud Wille-Fahle 43 Punkte. — **Frei-Turnen.** Männer. 1. Rastlän-Fahle 427, 2. Schmitz-Fichte 213, 3. Fichte-Fahle 208, 4. Wille-Fahle 196, 5. Rastlän-Fahle 195 Punkte. — **Stabschwingen.** Turnerinnen. 1. Rastlän-Fahle 57,41, 2. Rastlän-Fahle 57,35, 3. Fichte 57,16, 4. Gertrud-Fahle, Fichte 56,16, 5. Rastlän-Fahle 55,91, 6. Rastlän-Fahle 55,80 Punkte. — **Frei-Turnen.** Turnerinnen. 1. Rastlän-Fahle 57,41, 2. Fichte 57,16, 3. Gertrud-Fahle 56,80, 4. Rastlän-Fahle 56,80, 5. Rastlän-Fahle 56,80 Punkte.

Kreyssel Zigaretten Wiesbaden

Fußballblasen u. Patentgummibälle wieder prompt ab Lager lieferbar
Jacob Grubner, Berlin SW 19, Leipziger Str. 60-6

Neue Konzernbildungen.

Die Expansion der AEG. im Ausland.

Ohne Zweifel hatte die internationale Organisation des Konzerns der AEG durch den Krieg und seinen Ausgang sehr gelitten. Nicht nur wurden die ausländischen Unternehmungen, soweit sie für die Kriegsgegner Deutschlands erreichbar waren, unter ausländische Kontrolle gestellt, sondern auch die Patente gingen verloren. Die jetzt zum Austrag kommenden Prozesse, die die Stammfirmen der deutschen Elektrotechnik zwecks Wiedererlangung der Patentrechte in mehreren Ländern angestrengt haben, waren nur teilweise von Erfolg. Durch diese Verhältnisse war das engmaschige Netz, welches die AEG unter der Ägide Emil Rathenous über die ganze Welt gespannt hatte...

Auf dem Gebiete der Holding- und Finanzgesellschaften erlitt die AEG ebenfalls herbe Einbußen. Emil Rathenous Bestreben war es gewesen, der Muttergesellschaft im In- und Ausland Holdinggesellschaften zur Verwaltung, Kontrolle und Finanzierung der von der Mutter erworbenen oder erbauten Unternehmungen zur Seite zu stellen. Dadurch würde der Konzern dezentralisiert, ohne daß der Einfluß der Stammfirma vermindert wurde. Auf der anderen Seite konnte durch die Holdinggesellschaften Kapital an allen Kapitalmärkten aufgenommen und im Konzern zur Zirkulation gebracht werden. Die Holdinggesellschaften in den Entente-Ländern gingen ohne weiteres verloren. Bis jetzt gelang es nur in geringem Umfange, wieder Verbindungen mit diesen anzuknüpfen. Das System der Holdings erlitt aber auch in den neutralen Ländern einen empfindlichen Schlag. Die stärkste Stütze der AEG. im Ausland: die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich, befreite sich fast vollständig von dem Einfluß der AEG. Emil Rathenau war stolz auf dieses Werk und Wotther Rothemann hatte der Elektrobank in Zürich einen großen Teil seiner Arbeitskraft gewidmet. Jetzt besteht dort nur noch ein geringer Einfluß seitens der Berliner Gesellschaft, obwohl die Elektrobank Effekten mehrerer Konzerngesellschaften in Deutschland im Besitz hat.

Es war natürlich, daß die AEG lebhaftige Versuche unternahm, um ihre internationale Organisation wieder aufzubauen. In den letzten Tagen sind nun einige Neugründungen im Ausland bekannt geworden, die beweisen, daß der Aufbau wieder langsam vorstatten geht.

Für die Zurückeroberung der Abzugsgebiete am Balkan und in Vorderasien scheinen schon Erfolge vorzuliegen. So wurde von der AEG und dem mit ihr in Verbindung stehenden Konzern Otto Wolff eine Betriebsgesellschaft in Konstantinopel gegründet. In Jugoslawien konnte die AEG bei einigen Unternehmungen bereits an Einfluß gewinnen. Von Belgrad wurde dieser Tage gemeldet, daß dort eine große Gesellschaft ins Leben gerufen sei. Diese firmiert „Technische Handels-Akt.-Ges.“ und hat ihren Sitz in Belgrad. Neben der Errichtung einer Werkstatt für Telegraphie, Telefonie und drahtlosen Fernverkehr soll die „Tebrad“ den Betrieb der Erzeugnisse folgender Konzernfirmen übernehmen: AEG, Vinkhofmann, Witz u. Genest, Arduines, Siesia und Caro-Hegscheid. Als Großaktionärin trat die serbische Firma Kisičich in die „Tebrad“ ein. Diese war bereits in der Vorkriegszeit für die AEG tätig.

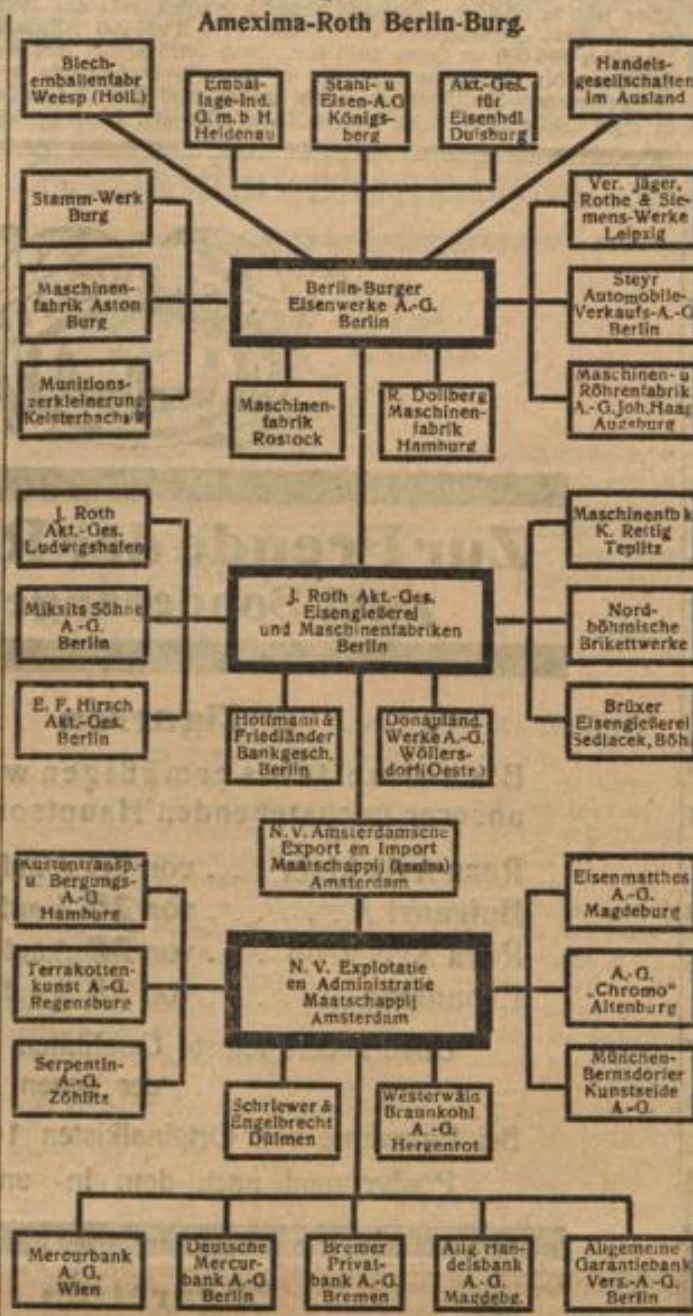
In Amsterdam wurde in den letzten Tagen die Internationale AEG errichtet. Gründer sind die AEG, Berlin, und die Amsterdamsche Bank. Das Kapital soll 10 Millionen Gulden betragen. Da die einzelnen Anteile 10 000 Gulden betragen sollen, so geht hieraus hervor, daß nur ganz große Firmen als Aktionäre in Aussicht genommen sind. Die Gesellschaft hat sich zum Ziel gesetzt, Einrichtungen, Apparate, Maschinen und elektrotechnische Instrumente in Holland und nach Übersee zu vertreiben.

Aus diesen Neugründungen geht hervor, daß die AEG sich anseht, wieder zum Faktor in der Weltwirtschaft zu werden.

Das Anwachsen der Barmat-Gruppe.

Daß die Umgruppierungen in der deutschen Industrie auch durch die Krise nicht gehemmt werden, lehren bedeutsame Vorkommnisse aus der letzten Zeit. Es scheint fast, daß dieselben Kräfte von ehemals, nur in umgekehrter Richtung, den Umgruppierungen stark fördernd zur Seite stehen. Wenn früher die Inflation mit der aus ihr resultierenden Geldfülle die Triebfeder zu Zusammenballungen bildete, so ist es jetzt umgekehrt die Kreditnot, die es kapitalstarken Unternehmungen geraten erscheinen läßt, Unterschlupf bei einem kapitalstarken Werk oder einer Finanzgruppe zu suchen. Oder daß, wie bei der Bereinigung Be-Am-Anhalt-Meguin, zwei gleich starke Betriebe mit gleicher Produktionsbasis sich zusammenschließen, um gemeinsam die Krise besser überleben zu können. Auch bei der Transaktion der Barmat-Gruppe spielten die Krisenmomente eine große Rolle.

Die Gebrüder Barmat, die den Mittelpunkt dieses neuesten Konzerns bilden, sind holländer. Sie betrieben dort Export- und Importgeschäfte, die im Kriege einen ansehnlichen Umfang annahmen. Durch die Lebensmittelgeschäfte, die die Barmats im Kriege nach Deutschland durchführten, kamen sie in enge Verbindungen mit dem deutschen Wirtschaftslieben. Als die Wirtschaft hierzulande kreditbedürftig wurde, waren die Barmats zur Hilfeleistung bereit. Entgegen den Gepflogenheiten des valutastarken Auslandes,



zur Kredit gegen erfindliche Sicherheiten oder Bürgschaftsleistung einer deutschen Großbank zu gewähren, entschlossen sich die Barmats Kredit direkt einzelnen Industrieunternehmen zusammen zu lassen. Bei der zunehmenden Verschärfung der Krise gerieten dadurch eine Anzahl deutscher Unternehmen in ihre Abhängigkeit. Wie aus der beigefügten Zeichnung ersichtlich ist, handelt es sich dabei um Gesellschaften grunderheblicher Natur, so daß von einer Einheitslichkeit, gemäß den Prinzipien der vertikalen Konzentration, nicht gesprochen werden kann. Barmat scheint das Schwergewicht in die von ihm beherrschten Banken legen zu wollen, die als Kontroll- und Finanzierungsinstitute der Industrieerwerbe zu gelten hätten. Als zentrale Kontrollgesellschaft fungiert die N. V. Explo-

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Table with 2 columns: Food item name and price in Goldmark. Includes items like Gerstengraupen, Weizenmehl, Zucker, etc.

tate es Administratie Maatschappij in Amsterdam. Ihr zur Seite steht die 1916 gegründete N. V. Amsterdamsche Export en Import Maatschappij (Amegima), die wahrscheinlich nach wie vor die Leitung der internationalen Handelsgeschäfte behalten wird.

Die J. Roth A.-G., Eisengießerei und Maschinenfabriken, Berlin, bei der die Barmat-Gruppe zu Einfluß gelangen konnte, ist eine Spezialfabrik zur Erzeugung von Maschinen für die keramische und Ziegelindustrie. Sie ging aus der Fusion der J. Roth A.-G., Ludwigshafen und der Perleberger Maschinenfabrik und Eisengießerei A.-G. hervor. Die Ausdehnung dieser Gesellschaft auf andere Unternehmungen resultiert aus der Konzentrationsepisode der Inflationsperiode. In der Tischslofawafi und in Oesterreich konnte sie starke Stützpunkte erwerben. Auch die J. Roth A.-G. besitzt eine Bank: die Hoffmann u. Friedländer Bankkomm.-Gesellschaft auf Aktien, Berlin.

Die Berlin-Burger Eisenwerke A.-G. getrieben in den Interessentis dieser Gruppe, indem die J. Roth A.-G. ungefähr die Hälfte ihrer Aktien übernahm. Die Berlin-Burger Eisenwerke durchleiten eine Aufwärtentwärtung in Stiebenmellenstiefern. Vor dem Kriege eine kleine Gesellschaft ohne jede Bedeutung, wuchs sie infolge ungeheurer Kriegs- und Inflationsgewinne weit über Deutschlands Grenzen hinausgreifend empor. Heute ist sie der Mittelpunkt von ungefähr 30 Industrie- und Handelsgesellschaften, die wichtigsten davon findet der Leser in der beigefügten Zeichnung. Berlin-Burg machte die hauptsächlichsten Geschäfte in der Zerleinierung von Hoeresgut, das der Staat für ein Butterbrat loskaufte. Der dadurch gemommene Schrott fand bei der Hüttenindustrie glatte Abnahme zu hohen Preisen. Später entwickelte sich Berlin-Burg zum Konzern der Maschinenindustrie. Im Aufsichtsrat von Berlin-Burg sitzt Friedrich Rinour, der ehemalige Generaldirektor der Hugo Stinnes G.m.b.H., Berlin. Es ist noch nicht bekannt geworden, daß Rinour, der es bei Berlin-Burg rasch zu Einfluß bringen konnte, anlässlich der neuen Richtgruppierung seine Posten bei Berlin-Burg niedergelegt hat. Wenn er in dem neuen Konzern verbleibt, so wird er sich dort sicher nicht in die Rolle eines Strommannes drängen lassen. Da bekanntlich Berlin-Burg von Henry Ford die Konzession erhielt, die nach Deutschland eingeführten Traktoren und Automobile zusammenzusetzen und zu vertreiben, so kann diese Gesellschaft, sofern die jenseitige erhaltene Konzession aufrecht erhalten bleibt, noch einmal zu einem wichtigen Faktor der deutschen Industrie heranwachsen. Zumal die Basis durch die oben beschriebene Gruppenbildung, sowohl national wie international, produktions-technisch wie finanziell, eine ungeheure Erweiterung erfährt.

Tropfgeizungen darüber anzustellen, welche Zukunft dem neuen Konzern beschieden sein wird, wäre für heute verfrüht. Das Gebilde erlangt der systematischer Organisation. Auch steht es noch keineswegs fest, ob die Kapitalkraft der Barmat-Gruppe ausreichen wird, um die kreditungrigen Werke mit dem flüssigen Kapital zu versorgen. Die Möglichkeit besteht jedenfalls, daß durch die Interessengemeinschaft, beispielsweise in der Maschinenindustrie, eine gegenseitige Befruchtung, gepaart mit einer weitgehenden Arbeitsteilung, stattfinden kann. Was darüber hinaus sich entwickelt, ob und wie die deutsche Volkswirtschaft durch diesen Zusammenschluß gefördert wird, wollen wir im Auge behalten und zur gegebenen Zeit an dieser Stelle darüber berichten.

Der Fortgang der Arbeitsmarktkrise.

Die Gesamtlage des Berliner Arbeitsmarktes hat sich in der Berichtswache weiter verschlechtert. Der Kräftebedarf ist liberal zurückgegangen. Wenn auch erfahrungsgemäß in den Hochsommermonaten der Arbeitsmarkt ruhiger ist, so ist doch eine zunehmende Verschlechterung unverkennbar. Entlassungen und Kündigungen als Folge mangelnder Betriebsmittel nehmen ihren Fortgang. Selbst in Einstellungen von Urlaubsvertretungen tritt bei den Arbeitgebern eine große Zurückhaltung in Erscheinung. Auch zahlenmäßig wirt sich der Rückgang der Beschäftigungsoverhältnisse wieder in stärkerem Maße aus. Die Zahl der insgesamt bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitssuchenden hat sich um rund 6000 Personen erhöht. Es waren 92 567 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragene, gegen 86 545 der Vormoche. Darunter befanden sich 64 905 (60 933) männliche und 27 662 (25 612) weibliche Personen. Unterföhlung bezogen 24 441 (22 089) männliche und 3963 (3321) weibliche, insgesamt 28 424 (25 410) Personen. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Uebermiesenen betrug 1457 gegen 1373 der Vormoche.

Für die Landwirtschaft herrschte lebhaftige Vermittlungstätigkeit. Der Bedarf an Arbeitskräften für Gärtnereien blieb verhältnismäßig gering. In der Industrie der Steine und Erden setzte sich die Verschlechterung fort. Einschränkungen erfolgten in fast allen Zweigen der Industrie. In der Metallindustrie ist die Nachfrage nach Arbeitskräften gegenüber einem großen Angebot sehr gering und erweist sich fast ausschließlich auf einzelne Spezialfachkräfte. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist weiterhin gestiegen. Die Arbeitsnachweislstellen im Spinnstoffgewerbe sind noch geringer als in der Vormoche. Die gemeldeten offenen Stellen konnten reiflos befeh werden. Die ungenügende Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Zellstoff- und Papierherstellung und Verarbeitung sowie in der Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe hat sich fortgesetzt. Der Beschäftigungsgrad im Holz- und Schnitstoffgewerbe ist wiederum erheblich zurückgegangen. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe bieten die Sähwarenindustrie und die Brauereien gegen die Vormoche Nachfragen etwas bessere Beschäftigung. Im allgemeinen sind jedoch die Arbeitsmöglichkeiten sehr gering. Der Bedarf an Arbeitskräften im Belleidungsgewerbe ist weiter zurückgegangen. Die Schuhindustrie nahm weitere Einschränkungen größeren Umfanges vor. Auch in den übrigen Industrien hält die Arbeitskrise verparft an.

Die Internationale Genossenschaftliche Ausstellung in Gent, die am 14. Juni eröffnet wurde, erfuhr sich starker Beachtung; am 15. Juni wurde die Besucherzahl auf 15 000 geschätzt. Aus den verschiedenen Gegenden Belgiens wurden Sonderzüge abgefahren. Der öffentliche Platz im Mittelpunkt der Ausstellung macht, wie die „Coöperation Belge“ schreibt, dem Internationalen Genossenschaftsbund alle Ehre. Dieser hat die Hauptbestimmungen seiner Satzung als eine Art Geseftesial an die Rauer geschrieben. Der Internationale genossenschaftliche Frauenbund verkündet auf einer Tafel seinen auf zehn Länder verteilten Bestand. Die Abteilungen des Bundes (internationaler Handel, Bank, Versicherung) zeigen auf

Advertisement for 'Kleine Massary' cigarettes. Includes the slogan 'Jetzt besser denn je!', a description of the product's quality and price, and an illustration of a man smoking a cigarette.

